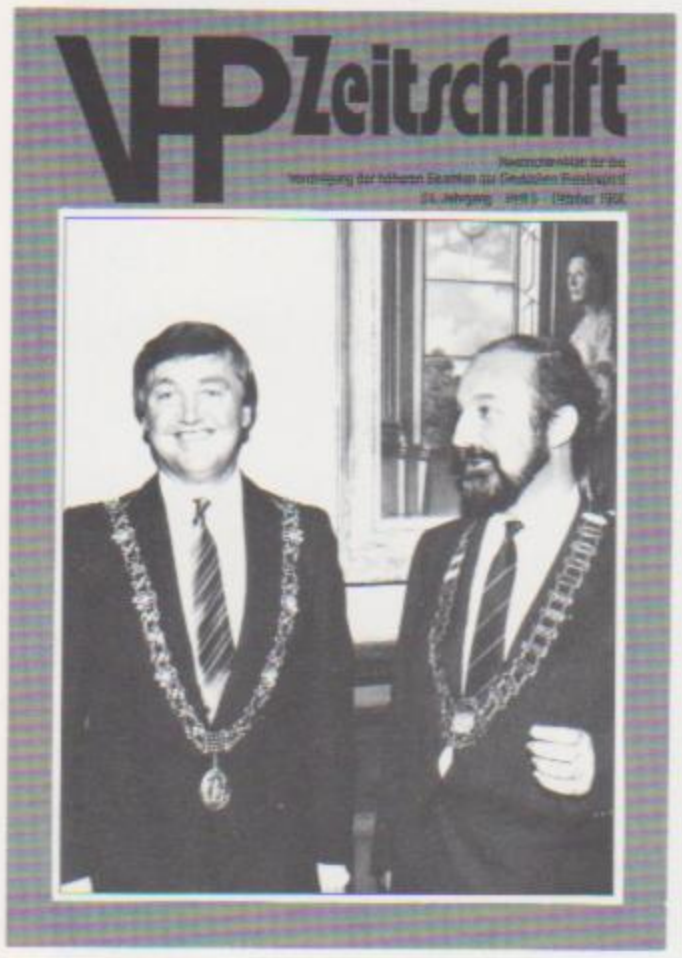
VHP Zeitschrift

Nachrichtenblatt für die
Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost
24. Jahrgang · Heft 5 · Oktober 1988

INHALTSVERZEICHNIS



Zum Titelbild:

Vom 04.—10. September 1988 fanden die „27. Europäischen Fernmeldetage" in Cork in Irland statt.
Bei einem Empfang in der städtischen Kunstgalerie begrüßte der Lord Mayor Mr. Aldemann Bernard Allen TD (links) den Präsidenten der FITCE, M. Charles Dondelinger, Luxemburg, sowie alle Teilnehmer und Gäste. Ein ausführlicher Bericht über die Tagung erscheint in der nächsten Ausgabe.

Paul Burkhart
Der Bundesvorsitzende zur Lage 3

Paul Burkhart
Aus der Arbeit des Bundesvorstandes 6

Johann Paffen
Zur berufspolitischen Situation 8

Johann Paffen
Gespräch mit dem Bundespostminister 12

Der Bundesgeschäftsführer stellt sich vor 14

Dr. Kurt Wiesemeyer
Zur Postreform 14

Frieder Lauxmann
Zur wissenschaftlichen Scheinexklusivität 15

Horst Plath
Mobilität 17

Frieder Lauxmann
Kleine Anmerkungen zu großen Denkern 21

Verzeichnis der Mitglieder des Bundesvorstandes und der Vorstände der Bezirksvereine 22

VHP-Zeitschrift

Herausgeber: Bundesvorstand der Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost, Postfach 10 60 01, 7000 Stuttgart 10.
Redaktion: Hans Jürgen Schark (verantwortlich); Werner Heise; Horst Plath; Peter Schmedes.
Anzeigenverwaltung: Fred Dittmer.
Anschrift der Redaktion: Postfach 60 02 00, 2000 Hamburg 60, Telefon (0 40) 2 39 56 50 und 63 88 46 10.
Die mit Namen gezeichneten Beiträge geben die persönliche Meinung der Verfasser wieder. Wenn sich diese mit der Meinung des Bundesvorstandes deckt, wird dies ausdrücklich erwähnt.
Druck: Kröger Druck, 2000 Wedel bei Hamburg.

DER BUNDESVORSITZENDE ZUR LAGE

Die Postreform gehört – neben der Reform der Steuern, des Gesundheitswesens und der Alterversorgung – zu den großen Aufgaben, die sich die Bundesregierung vorgenommen hat. Die Notwendigkeit, in der Telekommunikation zu weniger Staat und mehr Wettbewerb zu kommen, wird im Grundsatz von kaum jemandem mehr bestritten, im Ausland hat diese Entwicklung teilweise schon stattgefunden.
Die VHP steht den Reformplänen im Grundsatz positiv gegenüber, sie verfolgt aber mit Wachsamkeit, mitunter auch mit Skepsis die sehr kontroverse Diskussion, die sich landauf – landab mit den Plänen rund um die Post beschäftigt.
Diese Diskussion ist wohl jetzt – nach dem Sommerloch – in der entscheidenden Phase. Die Reformpläne nehmen deshalb zwangsläufig in der nachfolgenden Berichterstattung einen breiten Raum ein.

Wettbewerb – was dann?

Eigentlicher Anlaß und überwiegende Triebfeder für das Reformvorhaben ist die Marktöffnung im Bereich des Fernmeldewesens sowie die ungebremste Zulassung von privaten Wettbewerbern zum größten Teil des Telekommunikationsmarktes. Mit Blick auf das Jahr 1992, wenn der europäische Markt Realität wird, haben wir uns diesen Fragen zu stellen, ob wir wollen oder nicht.
Wenn also die Neuordnung von Monopol und Wettbewerb in der Telekommunikation nötig und volkswirtschaftlich von großer Bedeutung ist, so ist zu der allgemeinen Diskussion über das Reformvorhaben aus der Sicht des Ingenieurs aber auch festzustellen, daß dem Wettbewerb je nach Interessenlage der Status einer geradezu magischen Glaubensfrage zugeschrieben wird.
Daher sei wenigstens an dieser Stelle einmal darauf hingewiesen, daß wir es bei unserem Fernmeldewesen aus der Ingenieurs-Perspektive nicht primär mit einem Selbstbedienungsladen oder einem Markt zu tun haben, sondern mit einen technischen System, das die Funktion hat, Telekommunikation in jedweder Form zwischen beliebigen Teilnehmern über beliebige Distanzen zu ermöglichen.
Von diesem System wird erwartet, daß es funktioniert, und zwar zuverlässig, überall und jederzeit. Das erwarten alle Benutzerkreise, ob Industrie, Handel, Handwerk, öffentliche Verwaltung oder privater Benutzer.
Das Fernmeldewesen in der Bundesrepublik hat heute einen weltweit anerkannten hohen Standard; es vermag viel mehr zu leisten als gemeinhin bekannt ist. Diese hohe Qualität ist eine zu wertvolle Sache, als daß man sie durch die Doktrin des Wettbewerbs um des Wettbewerbs willen aufs Spiel setzen darf.
Um nicht mißverstanden zu werden: Ich plädiere nicht gegen Wettbewerb, sondern ich möchte im Hinblick auf die bevorstehende Marktöffnung unternehmenspolitischen Handlungsbedarf aufzeigen.

Erstens
Ein Gütezeichen unseres Fernmeldewesens war bislang Kompatibilität. Kompatibilität ist indessen aus naheliegenden Gründen kein unmittelbares Ziel von Wettbewerb. Eher ist Inkompatibilität ein ausgezeichnetes Mittel, um lukrative Teilmärkte aufzubauen mit der Konsequenz von Insellösungen und Rosinenpickerei.
Andererseits bringt erst die freizügige Kommunikation zwischen privaten Infrastrukturen und den Diensten im öffentlichen Kommunikationsnetz die Vorteile künftiger universeller Informationssysteme, z. B. in Verwaltung, Forschung, Entwicklung und Produktion, voll zum Tragen.
Die Standardisierung bedarfsgerechter neuer Telekommunikationsdienste für die offene Kommunikation zwischen beliebigen Kommunikationspartnern und deren wirkungsvolle Durchsetzung am Markt muß daher Hauptziel unserer Fernmeldepolitik bleiben.

Zweitens
Die zielstrebige und wirkungsvolle Weiterentwicklung unserer Fernmeldeinfrastruktur und deren breite Nutzung erfordern ein konzertiertes Vorgehen von Staat und Wirtschaft. Projekte wie breitbandiges Universalnetz oder das Zusammenwachsen von Kommunikationstechnik und Unterhaltungselektronik sind viel zu komplex, als daß sie im Alleingang vorangetrieben werden könnten. Derart große Herausforderungen sind wohl nur in gemeinsamen nationalen Anstrengungen in den Griff zu bekommen. Eine koordinierte Planung sollte daher die Zersplitterung von volkswirtschaftlichen Ressourcen verhindern und Betreibern, Herstellern und Anwendern die notwendige Planungssicherheit für die Entwicklung von innovativen Großsystemen, Diensten und Endgeräten geben.

Drittens
Die Kräfte des Marktes dürften allein nicht ausreichen, um die notwendige Entwicklung im Weltmarkttempo voranzutreiben. In der Anfangsphase neuer Dienste leidet nämlich deren Attraktivität durch zu niedrige Teilnehmerzahlen und zu hohe Preise der Endgeräte. Attraktive Massendienste, wie z. B. das Bildtelefon, erfordern deshalb eine hinreichende Flächendekkung und damit einen zukunftsorientierten und innovativen Ausbau unserer Telekommunikations-Infrastruktur durch den Netzträger Deutsche Bundespost, bevor eine nennenswerte Nachfrage nach solchen Diensten einsetzen kann. Des weiteren können Erstaufträge für Endgeräte durch die Bundespost eine flankierende Starthilfe für neue Dienste sein, wie das Beispiel „Bildschirmtext" gelehrt hat und erfolgreiche Projekte in Frankreich und Japan bewiesen haben.

Viertens
Die Bundespost wird in Zukunft auf ihr Monopol am Telefonapparat verzichten. Ab 1990 sollen auch Geräte in

Kaufhäusern oder Fachgeschäften erworben und zu Hause per Normstekker selbst angeschlossen werden können. Sicherlich, an dieser Liberalisierung führt kein Weg vorbei, indessen wird mit dieser Freizügigkeit das über Jahrzehnte bewährte Prinzip der ungeteilten Verantwortung für die Dienstleistung von Apparat zu Apparat aufgegeben.
Gewiß, es werden wohl nur solche Apparate angeschaltet werden dürfen, deren Betriebsverhalten bekannt ist und bei denen die Einhaltung der für den Betrieb des Netzes zulässigen technischen Bedingungen überprüft und die Zulassung ausgesprochen wurde.
Doch keine noch so sorgfältige Zulassungsprüfung kann verhindern, daß ein Apparat während seiner erwarteten Lebenszeit auch einmal defekt wird.
Was dann?
Der Teilnehmer wird wahrscheinlich zuerst einmal die Entstörungsstelle der Post verständigen, deren Prüfplatz den Fehler aus der Ferne lokalisieren wird, vorausgesetzt, der Telefonanschluß ist mit einem entsprechenden Prüfabschluß bestückt.
Für manchen Apparatebesitzer wird es dann ein böses Erwachen geben, wenn er erfährt, daß er sich um die Reparatur seines Gerätes selbst kümmern muß. Wo ist der nächstgelegene Kundendienst, zu dem er seinen Apparat bringen kann? Was muß er dort bezahlen? Werden die Ersatzteile verfügbar sein? Wie lange muß er warten? Und was wird die Bundespost für ihre Störungseingrenzung berechnen, insbesondere dann, wenn im Zweifelsfalle noch ein Entstörer vor Ort nachsehen mußte?

Eines steht außer Zweifel: Der Apparatebesitzer erwartet die Leistung der Post zum Nulltarif, für ihn ist und bleibt die Post der hochherzige Butler der Nation.
Der Bundespost kann es im übrigen nicht gleichgültig sein, wie gut oder schlecht ein privat angeschlossener Apparat funktioniert. An einer Telefonverbindung sind ja bekanntlich zwei Teilnehmer beteiligt, und wer ein Telefongespräch führt, an dessen anderem, fernem Ende ein defekter Privatapparat ist, wird bei schlechter Verständigung beispielsweise erst einmal dem Netzbetreiber, also der Post, die Schuld zuweisen.
Facit: Freizügige Anschaltung von Apparaten klingt zwar einfach, wird uns im Alltag aber noch eine Vielzahl von Tücken bescheren.

Fünftens
Die Post wird enorme Anstrengungen zu unternehmen haben, um im Wettbewerb die Nase vorn zu behalten. Neue Wettbewerber werden in der gesamten Branche einen Wettlauf mit neuen Diensten, Leistungsmerkmalen und Geräten in Gang setzen, was wiederum die heute noch im weltweiten Vergleich ganz vorne liegende Bundespost in einen immer anspruchsvoller werdenden Güteklassenvergleich führen wird.
Hinzu kommen immer kürzer werdende Innovationszyklen im Fernmeldewesen, die dazu zwingen, immer mehr Dinge gleichzeitig, schneller und unter höheren Risiken zu bewältigen. Das führt zum Beispiel dazu, daß heute Konzepte und Systeme mit den Bauteilen von morgen entwickelt werden müssen. Setzt man auf das falsche Pferd, wird sich das bei Einführung bereits veraltete Konzept nicht oder nur begrenzt durchsetzen lassen. Hierbei können vorhandene Märkte verloren gehen oder neue Marktchancen verspielt werden. Wie schwierig das Herausfinden der richtigen Technologie ist, zeigte sich schon in den 60er Jahren, als Fachleute voll auf die Zukunft des Hohlleiters setzten, oder in den 70er Jahren, als der zumindest für Außenstehende völlig überraschende Entschluß gefaßt wurde, die Entwicklung analoger elektronischer Vermittlungstechnik per sofort einzustellen.
Die Bundespost hat sich also darauf einzustellen, daß eine intensive Forschungs- und Entwicklungsarbeit einer der Schlüssel des Erfolges im Wettbewerb mit der Konkurrenz sein wird.
Sie hat dafür zu sorgen, daß – wie in Industrieunternehmen mit hochtechnologischer Orientierung – ein effizientes „Forschungs- und Entwicklungs-Management" in größerem Maße als bisher die Unternehmensstrategie mitbestimmt und mitbeeinflußt.
Zur Bewältigung der komplexen Forschungs- und Entwicklungsprozesse ist eine adäquate und „schlagkräftige" Aufbauorganisation erforderlich. Sie muß in der Lage sein, in der dynamischen Entwicklung der Mikroelektronik am Ball zu bleiben, die ungeheure Komplexität künftiger Netze und Systeme souverän im Griff zu behalten, klar definierte Marketing-Spezifikationen rasch in die Forschungs- und Entwicklungsprozesse zu implementieren. Hinzu kommen die unendlich vielen Absprachen auf nationaler und internationaler Ebene, unter Beachtung bestehender Standards, Normen, Verträge und Übereinkommen. Kosten und Gebühren sind zu errechnen.

Wettbewerb mehrt das Marktrisiko. Daher muß innerhalb des Forschungs- und Entwicklungsmanagements auch eine frühzeitige Risikoanalyse unter Durchrechnung entsprechender Szenarien erfolgen.
Die neuen Dimensionen der Forschung und Entwicklung erfordern noch mehr als bisher die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Fachseite und Logistik, zwischen Organisation und Datenverarbeitung, zwischen Experten für Netze und Endgeräte, für Tarifgestaltung und Abrechnung, für Marketing und Betrieb, für Schulung und Beratung.
Kurzum, was wir brauchen, ist also eine Organisationseinheit, die sich den Herausforderungen zu stellen vermag, ein Management, das keine selbstverordneten Randbedingungen kennt wie Personalhöchstzahl oder Stellenkegel.
Was wir auch brauchen, sind hochqualifizierte und hochmotivierte Spezialisten. Der schwammige Begriff „Moti-

vation“ muß für den einzelnen Ingenieur konkret erfahrbar gemacht werden. Straffe Zielsetzung muß einhergehen mit Anerkennung geleisteter Arbeit.

Die Länder wollen bei der neuen Post mitreden

Der Bundesrat hat am 8. 7. 88 den Entwurf des Poststrukturgesetzes beraten und dazu Stellung genommen.
Gegen den entschiedenen Widerstand des Postministers forderte die Mehrheit der Bundesländer einen sogenannten Poststrukturrat mit weitgehenden Kompetenzen: Er soll bei der inneren Struktur der Postbetriebe ebenso mitreden wie bei der Gründung von Tochtergesellschaften und bei den Tarifen, „ein bürokratischer Wasserkopf, der selbst dann noch mitreden möchte, wenn es darum geht, ob die Briefmarken rechts oben oder links unten aufgeklebt werden müssen“ (Böblinger Bote). Bedenken wurden auch gegen dienst- und besoldungsrechtliche Sonderregelungen für Postbeamte erhoben. Offensichtlich sehen die Länder höhere Lohnforderungen auch ihrer Beamten auf sich zukommen.
Zählt man alle diese Änderungswünsche der Länder zusammen, und nimmt man auch noch die Änderungen hinzu, die der Kabinettsentwurf gegenüber dem ursprünglichen Entwurf des Postministers erfuhr, dann bleibt eine neue Post übrig mit zusätzlichem Ballast an Bürokratie, in der sich „widerstreitende, politische Interessen austoben dürfen, die unflexibler und unwirtschaftlicher sein wird, als es die Bundespost heute ist“ (Wirtschaftswoche).
Schade um die Postreform!
Zuversicht ist mittlerweile in so weit wieder angebracht, als das Bundeskabinett am 31. 8. 88 wesentliche Forderungen der Länder nach erweiterter Mitsprache in einer neu geordneten Bundespost zurückgewiesen hat. Zwar sprach sich das Kabinett für die Einrichtung eines Beratungsgremiums aus, an dem auch die Länder beteiligt sein sollen. Dieser „Infrastrukturrat“ solle jedoch keine Mitwirkungsrechte erhalten, die die verfassungsmäßig gewährleistete eigenständige Ressortverantwortung des Bundespostministers einschränkten.
Nun bleibt abzuwarten, ob es im weiteren Gesetzgebungsverfahren bei dieser Lösung verbleibt. Andernfalls wäre es wahrscheinlich besser, die Post so zu lassen, wie sie ist.

Postminister: Postbeamte — wie Manager in privaten Unternehmen

Erwähnenswert erscheint das Interview des Bundespostministers im „Handelsblatt/Karriere“ vom 15. 7. 88. Hiernach will sich der Minister auf die Suche nach den Vorstandsmitgliedern der drei neuen Unternehmen Telekom, Postdienst und Postbank machen, sobald das Gesetz zur Neustrukturierung verabschiedet ist.
Die richtigen Manager vermutet er in Unternehmen der Privatwirtschaft, aber auch im eigenen Hause.
Dr. Schwarz-Schilling: „Ein Kandidat aus dem eigenen Hause wird nach den gleichen Kriterien beurteilt. Es werden sich sicherlich nur solche Kandidaten bewerben, die sich auf Grund ihrer bisherigen Position im Hause und der entsprechenden Wertschätzung, die man ihrem Sachverstand entgegenbringt, auch eine echte Chance ausrechnen. . . . Man sollte sich aber nicht täuschen: In diesem Ministerium und generell im öffentlichen Dienst gibt es sehr fähige Mitarbeiter mit einem breiten Erfahrungshorizont . . .
. . . Im öffentlichen Dienst ist die gesamte Führungsstruktur für selbständig Denkende nicht motivierend. Das soll aufhören. Für den, der noch genügend Kraft besitzt, seine Vorstellungen zu entwickeln und einzubringen, sehe ich gute Chancen in der neuen Struktur.“
Es verbleibt anzumerken, daß die höheren Beamten der Deutschen Bundespost bereit und in der Lage sind, sich den Herausforderungen der „Postreform“ zu stellen. Und sie sind ein unverzichtbares Element zur Motivation der vielen Mitarbeiter an der Basis (siehe VHP-Zeitschrift 4/1988, Seite 3: „Die Führungskräfte wollen etwas bewegen“).

Neustrukturierung der Mittelbehörden

Wie die zukünftige Organisation der Mittelbehörden aussehen wird, ist im Detail noch nicht abzusehen. Das Poststrukturgesetz jedenfalls läßt alle Möglichkeiten offen, es sieht auch keine Festlegungen vor. Immerhin zeichnet sich aber folgendes bereits ab:
Zahl und Standorte der Oberpostdirektionen werden sich nicht ändern. Es sind lediglich Änderungen der inneren Struktur vorgesehen.
Die Direktionen werden wahrscheinlich in 2 unabhängige, selbständige Bereiche gegliedert, in den

- Bereich Postdienst und den
- Bereich Telekom.

Alle bisher bei einer OPD wahrgenommenen Aufgaben sollen — bis auf die Aufgaben der Postbankdienste — diesen beiden Bereichen zugeordnet werden. Es gibt also keine gesonderten Querschnittsbereiche mehr.
Lediglich einzelne Aufgaben sollen entweder vorübergehend oder auf Dauer gemeinsam für die Bereiche Postdienst und Telekom wahrgenommen und einem dieser Bereiche zugeordnet werden. Bei diesen sogenannten Verbundaufgaben handelt es sich beispielsweise um

- Sozialangelegenheiten
- Krankenkasse
- Post-, Spar und Darlehnsvereine
- Postbetriebsärzte
- DELKOS
- Oberpostkasse
- Besoldungskasse
- Innerer Dienst

Als Grundschema der Aufbauorganisation der Bereiche ist eine Gliederung in Abteilungen mit den Funktionen

BAUFINANZIERUNG
Neubau – Kauf – Umschuldung – Renovierung
FINANZBERATUNG – FINANZPLANUNG
Selbstverständlich können beratende Maßnahmen vermittelt werden.
Sie sollten mehr über Kapitalbildung und Finanzierung von Grunderwerb wissen
NUTZEN SIE UNSERE DIENSTE
Fordern Sie einen Erfassungsbogen an mittels nachstehendem Gutschein
Unsere **SONDERPROGRAMME**, abgestellt auf Ihre persönlichen Voraussetzungen, bringen **IHNEN** erhebliche **Kostenersparnisse!**
Finanzfragen sind mehr als Vertrauenssache. Unsere Resultate können Sie nachrechnen!
Ihr Partner in allen Finanzfragen: **VÖB**
GESELLSCHAFT FÜR VERMÖGENSBILDUNG ÖFFENTLICH BEDIENSTETER mbH
Selbsthilfeeinrichtung der Beamten
Mackenheimer Weg 9, 6942 Mörlenbach-Vö., ☎ **(062 09) 34 87**
GUTSCHEIN
für kostenlose Übersendung unserer Kurzinformationen:
Baufinanzierung richtig gestalten
Neue Steuergesetze für Bau-/Kaufvorhaben
und unverbindliche Beratung über (Gewünschtes bitte ankreuzen):
☐ Allgemeine **FINANZBERATUNG** (Spar-/Anlageplanung)
☐ **SPAREN** (auch mit steuerfreien Erträgen für spätere Baufinanzierung)
☐ **DARLEHENSAUFNAHME** (Bank, Bausparkasse, Hypothekenbank, Versicherung)
☐ **Unterschiedliche Tilgungsarten** (Tilgungsplanung bestehender Bauschulden)
Adresse: siehe Absender, ☎ . . . . . / . . . . . .

AUS DER A
BUNDESVO

Absatz/Betrieb/Verwaltung vorgesehen.
Die Zahl der Abteilungen soll sich nach Direktionsgröße richten und sich an der Zahl der jetzt vorhandenen Abteilungen orientieren. Unterabteilungen sollen grundsätzlich nicht mehr eingerichtet werden.
Durch die Aufteilung der Aufgaben, die derzeit gemeinsam und an einer Stelle wahrgenommen werden, künftig aber auf die Unternehmen Postdienst und Telekom aufzuteilen sind, wird sich bundesweit bei den Oberpostdirektionen die Grundlast erhöhen. Ein Personalmehrbedarf von insgesamt 200 Arbeitsposten ist zur Zeit im Gespräch. Offen ist noch, wie Kompetenzen und Verantwortung des Präsidenten und der Bereichsleiter aussehen werden.
Derzeit sind 3 Modelle im Gespräch, die in unterschiedlicher Weise der Vorgabe entsprechen, abgegrenzte Aufgaben- und Verantwortungsbereiche auf der mittleren Lenkungsstufe zu schaffen.
Hinsichtlich der übrigen Mittelbehörden zeichnet sich die Tendenz ab:

Der Generaldirektion Telekom werden nachgeordnet sein
- Fernmeldetechnisches Zentralamt
- Zentralstelle für Entwicklungen
- Fachhochschulen

Bemerkenswert erscheint, daß beim FTZ offensichtlich mit einem wesentlichen Zugang an zentral wahrzunehmenden und der Telekom zuzuordnenden Aufgaben zu rechnen ist.
Der Generaldirektion Postdienst sollen das Posttechnische Zentralamt und das Sozialamt der DBP nachgeordnet werden. Wie das PTZ künftig aussehen und welche Größe es einmal haben wird, ist zur Zeit noch nicht abzusehen. Die Struktur des SAP soll grundsätzlich erhalten bleiben. Es wird aber noch geprüft, ob die Aufgabenbereiche Arbeitsschutz/Arbeitssicherheit vom PTZ zum SAP verlagert werden.

Bildung der Generaldirektionen

Eine Arbeitsgruppe des BPM ist zur Zeit dabei, die Generaldirektionen in Vorstandsbereiche zu strukturieren. Ergebnisse sind noch nicht bekannt.

Paul Burkhart

Know-how der Post-Führungskräfte in neue Aufsichtsräte einbringen

Die VHP fordert unter Bezug auf das Mitbestimmungsgesetz von 1976, daß die Bundesregierung für die DBP eine entsprechende Regelung vorsieht, damit der Sachverstand der Führungskräfte der Post in die neuen Aufsichtsräte eingebracht werden kann.

Der Bundesvorstand ist in dieser Sache weiter am Ball. Nach seiner breit angelegten Briefaktion an Politiker und Ausschüsse, mit der die Adressaten über die Position der VHP gegenüber dem Gesamtkomplex „Neustrukturierung" ins Bild gesetzt wurden, und nach eingehendem Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten der F.D.P. und Mitglied des Postverwaltungsrates Rainer Funke ist der Bundesvorstand in den Meinungsaustausch mit den beiden stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Roswitha Verhülsdonk und Dr. Paul Laufs getreten. Beiden Abgeordneten wurde mit ausführlichem Schriftsatz unser Standort in der gegenwärtigen Entwicklung aufgezeigt. Zum Komplex „Aufsichtsräte" haben wir folgendes ausgeführt:

„. . . Als berufsständische Vereinigung liegt uns insbesondere die Frage am Herzen, in welcher Weise künftig die höheren Beamten der Deutschen Bundespost an der Spitze der drei Teilunternehmen repräsentiert sein sollen. Nachdem Führungspositionen künftig auch mit Bewerbern aus der freien Wirtschaft besetzt werden sollen, befürchten wir eine Demontage unserer Mitwirkungsmöglichkeiten am Unternehmenserfolg. Um unseren Sachverstand und unsere Erfahrung auch in der Zukunft zugunsten des Gesamtunternehmens Deutsche Bundespost nutzbar machen zu können, halten wir eine Repräsentanz der höheren Beamten in den Aufsichtsräten der drei Unternehmen etwa nach dem Muster des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 für

RBEIT DES
RSTANDES

geboten, aber auch für erforderlich.

Die Stellung und Bedeutung der Führungskräfte der DBP unterscheidet sich schon heute kaum von der leitender Angestellter im Anwendungsbereich des Mitbestimmungsgesetzes und wird sich im Zuge der Strukturreform wegen der sich annähernden Rahmenbedingungen künftig vollkommen gleichen. Bei Unternehmen, die nicht nur im Wege staatlich gelenkter Daseinsvorsorge agieren, sondern im Wettbewerb mit Privaten Dienstleistungen auf einem Käufermarkt anbieten, müssen die Führungskräfte in erheblichem Maße mit Handlungsvollmachten und Verantwortungen ausgestattet sein. Die Unternehmenspolitik muß von den Führungskräften mitgetragen, vor Ort umgesetzt und regionalen Bedürfnissen angepaßt werden. Aus der Sicht der Beschäftigten und insbesondere der Personalvertretung werden die Führungskräfte der DBP bereits heute und in der Zukunft noch stärker dem Bereich der Arbeitgeber zugeordnet.

Dieser besonderen Situation der Führungskräfte wurde im Mitbestimmungsgesetz insofern Rechnung getragen, als sie entsprechend ihrem zahlenmäßigen Verhältnis, mindestens jedoch mit einem Vertreter dem Aufsichtsrat des Unternehmens angehören müssen.

Wir sind der Meinung, daß die Gesichtspunkte, die für den Gesetzgeber des Mitbestimmungsgesetzes für die Berücksichtigung der leitenden Angestellten in den Aufsichtsräten bestimmend waren, konsequenterweise zu einer entsprechenden Regelung bei der Besetzung der Aufsichtsräte der künftigen Teilunternehmen der Deutschen Bundespost führen müssen . . ."

Die Reaktion der beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden war positiv. Frau Verhülsdonk bescheinigte uns in einem Antwortschreiben „Sachbezogenheit und ideologiefreie Bewertung des Reformvorhabens" mit „vernünftigen Anmerkungen".

Für Dr. Laufs war unser Schreiben Anlaß zu einem ausführlichen persönlichen Meinungsaustausch mit den Stuttgarter Mitgliedern des Bundesvorstandes.

Gespräch mit Dr. Laufs, MdB

Am 16. 8. 1988 trafen sich in Stuttgart der Bundesvorsitzende und die Kollegen Schicker, Nienhaus und Goldammer sowie Kollege Gröber vom Bezirksverein Stuttgart zu einem eingehenden Gedankenaustausch mit Dr. Paul Laufs, MdB und stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Gesprächsthemen waren neben dem Gesamtkomplex „Postreform" auch aktuelle berufspolitische Fragen.

Der Bundesvorsitzende trug die Meinung der VHP zur „Postreform" vor und forderte, Dr. Paul Laufs möge im laufenden Gesetzgebungsverfahren in seiner Fraktion seinen ganzen Einfluß geltend machen, um die DBP insgesamt durch die Reform zu stärken, damit auch in Zukunft die Versorgung der Bevölkerung mit postalischen und fernmeldetechnischen Dienstleistungen flächendeckend gesichert ist.

Dr. Laufs bewertete die beabsichtigte Poststrukturreform grundsätzlich positiv. Er wies insbesondere darauf hin, daß die Reform des Post- und Telekommunikationswesens notwendig ist, damit auch künftig die Bundesrepublik Deutschland den Herausforderungen des Zukunftsmarktes „Telekommunikation" gewachsen ist.

Die tradierten Strukturen des deutschen Post- und Fernmeldewesens sind nach seiner Auffassung z. T. ein Hindernis im Wettbewerb mit ausländischen Anbietern. Schon heute gibt es für deutsche Unternehmen gewinnbringende Möglichkeiten, Telekommunikationsleistungen über das Ausland abzuwickeln.

Dr. Laufs bat auch, die Vorteile der Poststrukturreform für die Beschäftigten der Deutschen Bundespost zu sehen. Die partielle Verselbständigung der Deutschen Bundespost innerhalb des öffentlichen Dienstes und die Flexibilisierung verschiedener Vorschriften des Dienstrechts böten eine Chance, die Post attraktiver für den Wettbewerb um qualifizierten Nachwuchs zu machen.

Die Forderung des Bundesrates nach Einrichtung eines „Poststrukturrates" sowie die für ein solches Gremium geforderten Kompetenzen bewertete Dr. Laufs eher skeptisch. Dadurch könnte die Post mit zusätzlicher Bürokratie befrachtet werden, so daß ihre Wettbewerbsfähigkeit sowohl international als auch gegenüber nationaler privater Konkurrenz behindert werden könne.

Die jüngst im Zusammenhang mit der Rentenreform erhobenen Forderung, den Beamten ebenfalls einen Beitrag zur Altersversorgung abzuverlangen, nannte der Bundesvorsitzende kurzsichtig und wirklichkeitsfremd. Schon heute habe die Deutsche Bundespost erhebliche Probleme damit, im gehobenen und höheren Dienst qualifiziertes Personal zu gewinnen, da die freie Wirtschaft erheblich höhere Einkommen ermögliche, als dies nach dem für Postbeamten maßgebenden Bundesbesoldungsgesetz der Fall sei.

Hinzu käme, daß die Beamten schon seit Jahren bei der allgemeinen Einkommensentwicklung den kürzeren gezogen hätten. Ferner erhielten Beamte des gehobenen und höheren Dienstes für die ersten drei bzw. vier Jahre nach ihrer Berufung in das Beamtenverhältnis lediglich das Grundgehalt der nächstniedrigeren Besoldungsstufe. Der Vorschlag, die Beamten nun ebenfalls der Rentenversicherungspflicht zu unterwerfen, beinhalte somit ein weiteres Sonderopfer der Beamten, das von der VHP nicht gebilligt werde. Während früher das geflügelte Wort vom „engen aber warmen Staatsrock" die Runde machte, sei jetzt zu beobachten, daß qualifizierte Nachwuchskräfte im Regelfall eine Anstellung in der freien Wirtschaft anstreben, statt sich den immer enger werdenden Staatsrock des Beamten anzulegen.

ZUR BERUF

BAUFINANZIERUNG
Neubau – Kauf – Umschuldung – Renovierung

In die Berufspolitik des öffentlichen Dienstes – auch soweit sie die Laufbahn des höheren Dienstes betrifft – ist insbesondere seit dem Frühsommer wieder Bewegung gekommen. Dabei gibt es neben positiven Fakten, bei denen Verbesserungen für unsere Berufsgruppe in Aussicht stehen, auch negative Aspekte, u. a. die Forderung maßgeblicher Politiker, den Beamten in Zukunft einen eigenen Beitrag zu ihrer Altersversorgung abzuverlangen.

Im Zusammenhang mit der jüngsten Diskussion über eine „Beitragspflicht" der Beamten zu ihrer Alterssicherung verwies Dr. Laufs auf die eindeutigen Erklärungen des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Alfred Dregger, wie auch auf seine eigenen Erklärungen, wonach die Eigenständigkeit der Altersversorgung der Beamten nicht angetastet werde.

Er bezeichnete die „Sommerlochdiskussion" als einen Versuch, das Berufsbeamtentum insgesamt in Frage zu stellen. Nach wie vor versuche die SPD, das Berufsbeamtentum Schritt für Schritt auszuhöhlen, um es auf diesem Wege zu Fall zu bringen. Die SPD wisse, so Dr. Laufs, daß für eine Abschaffung des Berufsbeamtentums eine Grundgesetzänderung erforderlich sei, für die es weder jetzt noch in Zukunft im Deutschen Bundestag eine Mehrheit gibt.

Allerdings, auch darauf wies Dr. Laufs hin, könne der Öffentliche Dienst, dies gelte auch für die Beamten, nicht von einer Minderung der Altersversorgung ausgeklammert bleiben, wenn als Folge des Geburtenrückgangs das derzeitige Rentenniveau nicht mehr gehalten werden könne. Aber, so Dr. Laufs: Eine solche Veränderung des Beamtenversorgungsrechts müsse mit systemkonformen Mitteln vorgenommen werden.

Eine Heranziehung der Beamten zur Rentenversicherung schloß er völlig aus. Diese Absicht bezeichnete er auch deshalb als völlig abwegig, weil schließlich nicht Beamte zu Beiträgen für eine Rentenversicherung herangezogen werden könnten, aus der sie keinerlei Leistungen beziehen würden.

Zum Thema „Absenkung der Eingangsbesoldung" teilte Dr. Laufs mit, daß seine Fraktion beabsichtige, im Rahmen der parlamentarischen Beratung des Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes den § 19a des Bundesbesoldungsgesetzes zu novellieren.

Danach soll sowohl die abgesenkte Eingangsbesoldung für den gehobenen Dienst als auch die für den höheren Dienst zurückgenommen werden; endgültige Entscheidungen hierzu – insbesondere über den Zeitpunkt der Rücknahme der Absenkung – werden jedoch erst nach der Sommerpause des Parlaments getroffen werden können.

Ausschlaggebend für die Absicht der CDU/CSU-Fraktion war nach Mitteilung von Dr. Laufs auch, daß der Öffentliche Dienst im Wettbewerb um qualifizierten Nachwuchs im Verhältnis zur gewerblichen Wirtschaft zunehmend ins Hintertreffen geraten sei.

Paul Burkhart

Positive Aspekte: Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung

Beginnen wir aber zunächst mit den für uns erfreulichen Nachrichten und Entwicklungen.

Hier ist an erster Stelle die von den Bundesministern des Innern und der Finanzen in Aussicht gestellte Aufhebung der Absenkung der Eingangsbesoldung für den höheren und gehobenen Dienst zu nennen, über die wir schon in der letzten Ausgabe (Heft 4, S. 6 f.) berichteten. Endlich ist es Bundesinnenminister Zimmermann, der durch seine mehrfachen Ankündigungen, bald wieder zur Normalität in der Besoldung zurückkehren zu wollen, in Zugzwang geraten war, gelungen, seinen Kollegen Stoltenberg davon zu überzeugen, daß die höheren Anfangsgehälter zur Gewinnung von qualifiziertem Nachwuchs notwendig sind.

Die Rücknahme dieser leistungsfeindlichen, sozial unausgewogenen und das Besoldungsgefüge verzerrenden Sparmaßnahme war längst überfällig. Die durch die Besoldungsabsenkung erzielten lächerlich geringen Einsparungen der öffentlichen Haushalte stehen in keinem Verhältnis zu dem Schaden, der durch den Mangel an qualifizierten Nachwuchskräften insbesondere in den technischen Laufbahnen entstanden ist. Wer erwartet hatte, die abgesenkte Eingangsbesoldung würde zu

FSPOLITISCHEN SITUATION

mehr Einstellungen von Akademikern führen oder sogar eine Signalwirkung für eine niedrigere Anfangsbezahlung von Hochschulabsolventen auch in der Wirtschaft haben, war ohnehin von vorneherein auf dem Holzweg.

Erfolg der VHP und der AhD

Die VHP hat sich im Zusammenwirken mit der Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes (AhD) von Anfang an gegen diese ungerechtfertigte und unnütze Sparmaßnahme gewandt und in den vergangenen fünf Jahren alles getan, um zu verhindern, daß das Thema „Absenkung" in der Versenkung verschwindet. Der Bundesvorstand hat vielmehr dafür Sorge getragen, dieses Thema laufend „am Kochen zu halten". In den berufspolitischen Aktivitäten unserer Vereinigung in den vergangenen Jahren nahm dieses Problem einen zentralen Raum ein, wie unschwer aus den Rechenschaftsberichten des Bundesvorsitzenden und der Berichterstattung „Aus der Arbeit des BV" der vergangenen Jahre zu entnehmen ist.

Wenn auch der Erfolg meistens viele Väter hat, so kann nicht bezweifelt werden, daß die VHP und die in der AhD zusammengeschlossenen Verbände des höheren Dienstes bei anderen Verwaltungen einen großen Anteil an der Rücknahme der Besoldungsabsenkung haben.

Alle Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben uns zwar in dieser Frage unterstützt. Für sie konnte allerdings ein Problem, das nur die Beamten des höheren und gehobenen Dienstes betrifft, naturgemäß nicht im Mittelpunkt ihrer berufspolitischen Arbeit stehen, weil die große Mehrzahl ihrer Mitglieder dem einfachen und mittleren Dienst angehört. Gerade an diesem Beispiel wird deutlich, wie notwendig es ist, die spezifischen Belange des höheren Dienstes durch eine starke Laufbahnvereinigung vertreten zu lassen.

Benachteiligung des höheren Dienstes

So begrüßenswert es ist, daß die Absenkung gleichmäßig für alle Laufbahnen und Fachrichtungen aufgehoben wird, umso bedauerlicher ist es, daß die Rücknahme für den höheren Dienst erst zum 01. 01. 1990, also ein Jahr später als für den gehobenen Dienst, wirksam wird. Eine plausible Begründung für diese Benachteiligung des höheren Dienstes ist bisher nicht gegeben worden.
Kritisiert werden muß auch, daß die ebenfalls im Haushaltsbegleitgesetz 1984 mit Wirkung vom 01. 01. 1984 festgelegte Kürzung der Anwärterbezüge für den höheren Dienst nach den bisher bekannt gewordenen Informationen nicht rückgängig gemacht wird, obwohl die Anwärterbezüge in kurzem Zeitabstand sogar zweimal gekürzt worden sind, nämlich erstmals bereits 1982. Um Anreize für den Eintritt in den Vorbereitungsdienst für qualifizierte Bewerber zu schaffen, ist eine Erhöhung der Anwärterbezüge dringend notwendig.

Vorlage des Strukturberichts

Zu den positiven Fakten in der Berufspolitik gehört auch die Ankündigung des BMI, daß der seit langem überfällige Bericht der Bundesregierung zur strukturellen Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstes, den der Bundestag schon mit Beschluß vom 14. 11. 1985 angefordert hatte, im Herbst vorgelegt werden soll. Dabei kann man nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß der „Strukturbericht" nicht wesentlich von der im Sommer vergangenen Jahres bekanntgewordenen Entwurfsfassung des BMI abweicht; denn dieser Entwurf enthielt auch für unseren Berufsstand noch weitere positive Aspekte wie die Einbeziehung von Leitern großer Ämter in die Besoldungsverordnung B und die Überprüfung der Funktionsgruppenverordnung.

Abfuhr für Lafontaine

Befriedigt können wir auch darüber sein, daß das Saarland mit seiner Initiative im Bundesrat, für die Beamten ab BesGr A 12 bzw. A 13 keine Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge vorzunehmen, kläglich gescheitert ist. Diese auf eine Kappung der Besoldung ab einer bestimmten Einkommensgrenze abzielenden Vorstellungen des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine wären haushaltspolitisch völlig unergiebig gewesen, hätten sich aber als sehr leistungshemmend ausgewirkt, weil sie dem Leistungsprinzip fundamental widersprechen.

Überschreitungen der Stellenobergrenzen gem. § 42 Abs. 1 PStruktG, Postlaufbahn-VO, VO über Leistungszulagen

Eine Verbesserung der Fortkommenschancen für die Beamten des höheren Dienstes darf man sich auch von der Regelung des § 42 des Poststrukturgesetzes erwarten, der unter bestimmten Voraussetzungen eine Überschreitung der Stellenobergrenzen des § 26 Abs. 1 BBesG zuläßt, und zwar zur Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen in jeder Besoldungsgruppe um bis zu 20 v. H. und zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit oder der Förderung des technischen Fortschritts oder der Verbesserung des Dienstleistungsangebotes in jeder Besoldungsgruppe um bis zu 10 v. H. Hierdurch wird anerkannt, daß die Anforderungen an die Beamten der Unternehmen der DBP nicht mit denen anderer, klassischer Verwaltungen zu vergleichen sind. Es sei darauf hingewiesen, daß die neuen Stellenquoten sich nicht auf einzelne Funktionen — wie in der Funktionsgruppenverordnung — sondern auf die Gesamtzahl der Planstellen des höheren Dienstes beziehen.
Aus unserer Sicht überwiegend positiv

zu bewerten sind auch der Entwurf der Postlaufbahnverordnung, die u. a. eine Verkürzung des Vorbereitungsdienstes für den höheren technischen Dienst bis zu einer Mindestdauer von neun Monaten zuläßt und die regelmäßige Probezeit der höheren Beamten auf 2 1/2 Jahre begrenzt, sowie der Entwurf der Leistungszulagenverordnung. Letztere ermöglicht es, 2% der Ausgaben für die Besoldung der Beamten als Leistungszulagen auszuschütten. Das Problem wird darin liegen, ein System zu erarbeiten, diese Zulagen gerecht auf das Personal zu verteilen, ohne dadurch Neid und Mißgunst zu erzeugen.

Negative Aspekte

Den dargestellten positiven Fakten, bei denen Verbesserungen auch für die Laufbahngruppe des höheren Dienstes zu erwarten oder zumindest möglich sind, stehen leider auch Probleme gegenüber, die für die Beamtenschaft allgemein und speziell für die höheren Beamten nichts Gutes verheißen. Hier ist an erster Stelle der politische Druck zu erwähnen, der durch die Notwendigkeit einer Neuordnung der Rentenversicherung auf die Rechtsposition einer eigenständigen beamtenrechtlichen Versorgung ausgeübt wird.

Beiträge der Beamten zu ihrer Alterssicherung?

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm will im Herbst dieses Jahres die schon lange angekündigte Reform der gesetzlichen Rentenversicherung auf den Weg bringen. Diese Reform möchte er nach Möglichkeit nicht gegen die Opposition, sondern in einer Art von großer Koalition im Konsens mit den Sozialdemokraten realisieren. Deshalb ist es sicherlich kein Zufall, wenn im „Sommerloch" Ende Juli die Meldung durch die Medien verbreitet wurde, Beamte sollten nach Ansicht von Bundesarbeitminister Blüm (CDU) und des SPD-Bundestagsabgeordneten und Sozialexperten Heyenn in Zukunft einen eigenen Beitrag zu ihrer Altersversorgung leisten. Zwar beeilte sich der Sprecher der Bundesregierung festzustellen, am eigenständigen System der Beamtenversorgung werde festgehalten und deshalb würden die Beamten nicht in die Rentenversicherung einbezogen. Aber das kann uns als Beamte nicht beruhigen, weil auch im eigenständigen System der Beamtenversorgung eigene offene Beiträge der Beamten denkbar sind.

Es liegt die Vermutung nahe, daß es manchen politischen Kräften bei dieser Diskussion auch darum geht, das Berufsbeamtentum auszuhöhlen und am Ende vielleicht ganz abzuschaffen. Denn wer – wie einige SPD-Politiker es tun – ein einheitliches Alterssicherungsystem für den öffentlichen Dienst fordert, der muß auch den Vorstellungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes nachkommen, ein einheitliches Dienstrecht für alle Beamte, Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes zu schaffen.

Allerdings stellte der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende im Bundestag Vogel in einem Interview in der Monatsschrift des Deutschen Beamtenbundes (Nr. 9/1988, S. 3) klar, daß die SPD das Berufsbeamtentum nicht abschaffen wolle und die Beamten auch nicht in die gesetzliche Rentenversicherung eingegliedert werden sollen. Es gebe allerdings ungerechtfertigte Unterschiede zwischen der gesetzlichen Rentenversicherung und der Beamtenversorgung, die harmonisiert werden müßten.

Stufenplan der SPD

Der Plan des SPD-Sozialexperten Günter Heyenn, Pensionsbeiträge der Beamten stufenweise einzuführen, sieht wie folgt aus: Nach den Vorstellungen Heyenns sollen Beamte des einfachen und mittleren Dienstes, die zum Zeitpunkt der Rentenreform schon vorhanden sind, stufenweise zu einem Pensionsbeitrag herangezogen werden. Nach 20 Jahren hätten sie demnach vier Prozent der Bezüge zu zahlen. Beamte im gehobenen und höheren Dienst sollen nach einer zehnjährigen Anpassungsphase den gleichen Beitragssatz zahlen, wie ihn Angestellte und Arbeiter für ihre Rentenversicherung aufwenden müssen (z. Z. 9,35 Prozent). Beschäftigte, die erst nach Inkrafttreten der geplanten Reform Beamte des einfachen, des mittleren oder des gehobenen Dienstes werden, sollen bereits innerhalb von zehn Jahren den vollen Beitrag zahlen. Beamte des höheren Dienstes sollen sofort den vollen Beitragssatz zahlen.

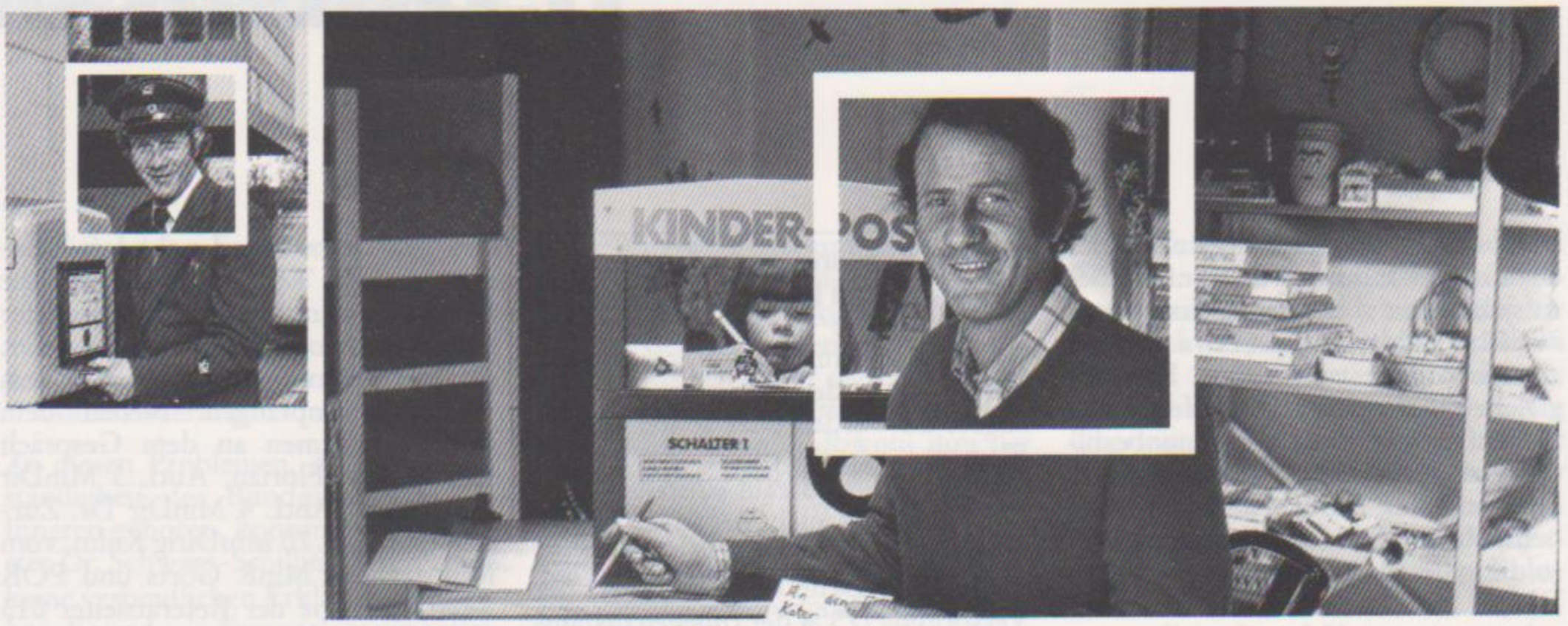
Das würde bedeuten, daß ein junger Postrat, der nach seinem Referendarexamen bei der DBP eintritt und der in der BesGr A 13 DM 4236,33 monatlich und 55.072 DM jährlich verdient (4. Dienstalterstufe, verh., ohne Kind), sage und schreibe 5.149 DM im Jahr an Beiträgen für seine Altersversorgung zu zahlen hätte. Es müßte allen Verantwortlichen klar sein, wie negativ sich dies auf die Attraktivität des öffentlichen Dienstes allgemein und der Deutschen Bundespost im besonderen auf dem Arbeitsmarkt auswirken wird. Die Aufwände für diese Beiträge lägen deutlich höher als die finanziellen Einbußen, die die jungen Nachwuchskräfte z. Zt. durch die demnächst wegfallende Absenkung der Eingangsbesoldung (monatlich ca. 350,— DM) erleiden.

BMI auf unserer Seite

Nun kann man sich nur schwer vorstellen, daß bei der jetzigen Besetzung des Bundeskabinetts Beiträge der Beamten zu ihrer Alterssicherung eingeführt werden. Denn Bundesinnenminister Zimmermann hat anläßlich der letzten beamtenpolitischen Arbeitstagung des Deutschen Beamtenbundes am 11. 01. 88 in Bad Kissingen nicht nur erklärt, eine Angleichung der Beamtenversorgung an das System der

Altersvorsorge, Versicherungen, Bausparen und Investment.

Durchblicken. Immer sicher.



Zum Beispiel durch die richtige Unfallversicherung.

Die gesetzliche Unfallversicherung gilt nur für Schule und Kindergarten mit Hin- und Rückweg. Eine VÖDAG-Unfallversicherung zum günstigen Spezialtarif für den Öffentlichen Dienst schützt überall, rund um die Uhr.

Es lohnt sich, einmal nachzufassen.
Der Iduna-Fachmann berät Sie – genau abgestimmt auf Ihren persönlichen Rahmen.

Iduna, Abt. IS (E),
Postfach 30 27 61,
2000 Hamburg 36.

IDUNA
Immer der richtige Rahmen

O.O.P.&P. HAMBURG - M 72

gesetzlichen Rentenversicherung komme nicht in Betracht, sondern er hat auch ausdrücklich versichert, daß es mit ihm direkte Beiträge der Beamten nicht geben werde. Nach einer Meldung der Tageszeitung „Die Welt" vom 01. 08. 88 hat er sich kürzlich in ähnlicher Weise geäußert.

Gründe gegen direkte Beiträge der Beamten

Man darf allerdings nicht verkennen, daß die öffentliche Meinung u. a. aufgrund der Stellungnahme der Medien eine Einführung von Beiträgen der Beamten zur Altersversorgung befürwortet. Deshalb ist es notwendig, Aufkärungsarbeit zu leisten und die Fakten, die gegen eine offene Ausweisung von Gehaltsanteilen als Beiträge sprechen, darzustellen und allen Meinungsmultiplikatoren klar zu machen.
Wichtig ist vor allem die belegbare Tatsache, daß die Beamten – entgegen einem weit verbreiteten Vorurteil – ihre Pension durch entsprechend geringer angesetzte Besoldung selbst finanzieren. Die Beamtenbesoldung ist also indirekt um einen Eigenbeitrag zur Rentenfinanzierung gekürzt. Für die Richtigkeit dieser Feststellung gibt es eine Reihe von „Kronzeugen":
– In der amtlichen Begründung zum Bundesbeamtengesetz von 1953 (Bundestagsdrucksache I 2846 S. 35) heißt es bereits: „Die Beamtenbesoldung ist gerade mit Rücksicht auf die Versorgung niedrig gehalten." Schon damals ist die Einrichtung von Versorgungskassen an Stelle der Versorgung durch den Dienstherrn geprüft, aber verworfen worden (vgl. Archiv PF 1972, S. 113)
– Die Studienkommision zur Reform des öffentlichen Dienstrechts bezeichnete 1973 in ihrem Bericht (Tz 876) die beamtenrechtlichen Versorgungsbezüge als „angesparte Gehaltsteile".
Das Bundesverwaltungsgericht führt im Urteil vom 29. 06. 1961 aus: „Auch der Nur-Beamte hat sich seine Versorgung durch seine Leistungen erdient, seine Bezüge während der aktiven Dienstzeit sind entsprechend niedriger und bleiben es ggf. auch während jener Dienstjahre, die sich nicht mehr pensionserhöhend auswirken (ZBR 1961 S. 321)
Nun könnte man uns entgegenhalten, daß es sich bei diesen Verlautbarungen doch um Feststellungen handele, die von der „Beamtenlobby" beeinflußt seien.

Vergleich höherer Beamter – Akademiker in der Industrie

Deshalb ist es von größter Bedeutung, anhand eines Vergleiches der Bezahlung eines höheren Beamten mit einem Akademiker in der Industrie darzutun, wie hoch die Einkommenseinbuße eines Beamten gegenüber einem Angestellten der Privatwirtschaft ist, und damit zu beweisen, daß der Beamte seine Pension nicht geschenkt bekommt. Nach dem Tarifvertrag über die Mindestjahresbezüge für akademisch gebildete Angestellte der chemischen Industrie (Chemiker, Physiker, Diplom-Ingenieure) vom 29. 01. 1988 erhalten diese in den ersten fünf Berufsjahren nach der Diplomprüfung ein Jahreseinkommen von 60.600,– DM im ersten bis 79.800,– DM im fünften Berufsjahr. Dabei handelt es sich wohlgemerkt um Mindestbezüge, und der Tarifvertrag gilt ausdrücklich nicht für leitende Angestellte.

Vergleicht man einen Angestellten der chemischen Industrie im fünften Berufsjahr mit einem Gehalt von 79.800,— DM, der dann etwa 31 Jahre alt sein dürfte, mit einem Beamten gleicher Fachrichtung im öffentlichen Dienst, so liegt dessen Beamtenbesoldung in der 6. Dienstaltersstufe (verheiratet, ohne Kind) der BesGr A 13 bei 58.719,27 DM (bei abgesenkter Besoldung in A 12 nur bei 53.753,40 DM).

Selbst im günstigsten Fall besteht also für einen höheren Beamten gegenüber dem Industrieangestellten noch eine erhebliche Einbuße von *mehr als 21.000,— DM pro Jahr*. Dabei sind die Absenkung der Eingangsbesoldung und die Tatsache, daß der höhere Beamte während seines 1 1/2—2jährigen Vorbereitungsdienstes nur Anwärterbezüge in Höhe eines besseren Taschengeldes bezieht, sogar außer Betracht gelassen.

Da man davon ausgehen muß, daß diese Differenz mit steigendem Alter eher größer als kleiner wird, geht man nicht fehl mit der Feststellung, daß die Beamten mit naturwissenschaftlich-technischer Ausbildung ihre Ruhestandsbezüge mit Beiträgen von einer halben bis einer ganzen Million DM mitfinanzieren.

Wenn man also überhaupt offene Beiträge der Beamten zu ihrer Altersversorgung und die Einrichtung von Beamtenversorgungskassen in die Betrachtung einbeziehen will, dann müßten die Bezüge der Beamten zunächst entsprechend angehoben werden.

Allerdings sind viele namhafte Verfassungsrechtler der Auffassung, daß die Einführung von Beiträgen mit den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums (Art. 33 Abs. 5 GG) unvereinbar sei, weil nach dem Alimentationsprinzip ausschließlich der Dienstherr Träger der Versorgungslast ist (u. a. Fürst, Verfassungsrechtliche Grenzen einer Neuregelung der Beamtenversorgung in ZBR 1983, S. 319 ff).

Andere Auswirkungen der Rentenreform auf die Beamtenversorgung

Sollte jedoch durch die Rentenreform das Niveau in der Rentenversicherung abgesenkt werden oder sollten andere Elemente verschlechtert werden, so werden wir uns darauf einstellen müssen, das dies auch negative Konsequenzen auf die Beamtenversorgung haben wird. Denn der Höchstsatz der Versorgung (75% der ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge) und andere Berechnungsfaktoren, wie z. B. der die Höhe der Pensionen bestimmende Steigerungssatz, die Gestaltung der Altersgrenze und die Anrechnung von Ausbildungszeiten unterliegen nicht oder nur in beschränktem Maße dem Schutz durch die Verfassung.
In diesem Fall müßte aber auch die unterschiedliche Regelung für die Besteuerung von Ruhestandsbezügen und Renten entfallen, die das Bundesverfassungsgericht schon im Jahre 1980 als nicht mehr sachgerecht und korrekturbedürftig angesehen hat (Beschluß vom 26. 03. 80, ZBR 1980 S. 212 ff).

Johann Paffen

GESPRÄCH BUNDESPO

Am 01. 09. 88 wurde der auf dem Delegiertentag in Koblenz neu gewählte Bundesvorstand von Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen Dr. Christian Schwarz-Schilling zu einem Gespräch empfangen. Neben dem Minister nahmen an dem Gespräch teil: Sts Dr. Florian, AbtL 3 MinDir Freundlieb, AbtL 4 MinDir Dr. Zurhorst, UAbtL 70 MinDirig Kühn, vom Ministerbüro MinR Görts und POR Rekittke sowie der Referatsleiter 013 PDir Dr.-Ing. Broß.
Der BV war vertreten durch den Bundesvorsitzenden Paul Burkhart und die Kollegen Otte, Paffen und Schikker.
Das Gespräch diente dem Zweck, dem Minister den neuen BV vorzustellen und insbesondere wichtige Probleme der Neuordnung des Post- und Fernmeldewesens und der Berufspolitik zu erörtern.
Zu Beginn des Gedankenaustausches nahm der BV die Gelegenheit wahr, dem Minister einige bedeutsame aktuelle berufspolitische Anliegen unserer Laufbahngruppe vorzutragen, nämlich

- Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung und der Kürzung der Anwärterbezüge

I MIT DEM OSTMINISTER

– Vorlage des „Strukturberichts"
– Einbeziehen der AV in die Besoldungsordnung B
– Eigenständige Altersversorgung der Beamten; keine Beiträge zur Alterssicherung.

Zu diesen Problemen, die in die Zuständigkeit des Bundesministers des Inneren gehören, konnte Bundesminister Dr. Schwarz-Schilling naturgemäß keine verbindlichen Erklärungen abgeben. Er und sein Personalabteilungsleiter, Herr Freundlieb, gingen jedoch davon aus, daß die Absenkung der Eingangsbesoldung für den höheren Dienst – wie vom BMI angekündigt – zum 01. 01. 1990 aufgehoben und der Bericht der Bundesregierung zur strukturellen Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstes im Herbst dieses Jahres oder spätestens Anfang 1989 dem Bundestag vorlegt wird. Ob darin auch Vorschläge zur Einbeziehung von Behördenleitern der Ortsebene in die BesO B gemacht werden, müsse man abwarten.

Zur Diskussion um die Altersversorgung der Beamten betonte der Minister, daß die Bundesregierung am gegliederten System mit der eigenständigen Beamtenversorgung festhalten werde. Die Alterssicherung der Beamten müsse aber ebenso wie die Rentenversicherung an die wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen angepaßt werden. Die Vertreter der VHP haben eindringlich dargelegt, daß die Einführung offener Beiträge für Beamte, wie sie der SPD-Sozialexperte Heyenn vorschlägt, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes für qualifizierte Nachwuchskräfte gefährden würde. Die Beamten des höheren Dienstes leisteten heute schon ihren Beitrag für ihre Altersversorgung, weil ihre Einkünfte – verglichen mit den Führungskräften der Wirtschaft – deutlich niedriger liegen.

Zum Thema „Postreform" haben wir zunächst die Erwartung der höheren Beamten zum Ausdruck gebracht, analog den leitenden Angestellten in der Wirtschaft (gem. Mitbestimmungsgesetz 1976) einen Sitz in den Aufsichtsräten der zukünftigen Unternehmen der DBP zu erhalten. Der Minister erklärte, daß er diesem Wunsch aus grundsätzlichen Erwägungen nicht entsprechen könne. Obwohl ihm der Gedanke der Vertretung des höheren Dienstes in diesen Gremien nicht unsympathisch sei, könnten die Regelungen des Mitbestimmungsgesetzes 1976 auf öffentliche Unternehmen nicht unmittelbar angewandt werden. Eine analoge Anwendung könnte Folgeforderungen anderer Interessengruppen nach sich ziehen.

Nach Auffassung des Ministers werden bei der Besetzung der Führungspositionen im öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis sowohl Bewerber von außen als auch die höheren Beamten der DBP berücksichtigt. Eine Absicherungsklausel für Führungskräfte, die nach Beendigung des öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnisses wieder in das Beamtenverhältnis zurückkehren wollen, in Form der Nachzeichnung des Werdegangs sei am Widerstand des BMI gescheitert. Damit bleibe gleichwohl die Möglichkeit bestehen, diesen Bediensteten wieder ein Beförderungsamt zu übertragen, das sie im Falle der Nichtberufung in das öffentlich-rechtliche Amtsverhältnis erreicht hätten. Es bestehe nur kein Rechtsanspruch darauf.

Nach der Konzeption der Bundesregierung zur Neuordnung des Telekommunikationsmarktes ist die Deutsche Bundespost Telekom gehalten, Überschüsse für den Netzausbau, für Infrastrukturauflagen und für die Quersubventionierung des Postdienstes zu erwirtschaften. Die Vertreter der VHP haben deshalb die Auffassung vertreten, daß das Telefondienstmonopol als Haupteinnahmequelle zur Sicherung der Ertragskraft der Telekom auf Dauer, also auch nach Einführung von ISDN, erhalten bleiben müsse. Der Minister erklärte hierzu, die Auffassung, das Telefondienstmonopol laufe durch die Installierung von ISDN aus, rühre von der Regierungskommission Fernmeldewesen her. Er habe sich diese Meinung nie zueigen gemacht und vertrete die Meinung, daß auch im ISDN Sprache und andere Übertragungsformen unterscheidbar sein müßten. Er habe im übrigen dafür Sorge getragen, daß das Telefondienstmonopol auch die Mischkommunikation von Sprache und anderen Kommunikationsformen umfasse, bei denen die Sprachübertragung den Hauptzweck darstelle.

Im übrigen hoffe er, daß der Postdienst u. a. durch die neuen Regelungen zur Ablieferung an den Bund ab Mitte der neunziger Jahre weitgehend kostendeckend arbeiten werde, so daß der Finanzausgleich abgebaut werden könne.
Wir haben sodann die Sorge der VHP vorgetragen, ob angesichts des verbleibenden Einflusses der Politik auf die Unternehmen der DBP der unternehmerische Handlungsspielraum so vergrößert wird, daß die Deutsche Bundespost den auf sie zukommenden Wettbewerb auch tatsächlich bestehen kann.

In diesem Zusammenhang haben wir die erreichten größeren Freiheitsgrade im personellen Bereich (Überschreiten der Stellenobergrenzen, Post-Laufbahnverordnung, Leistungszulagenverordnung) ausdrücklich anerkannt. Andererseits haben wir aber auch auf die vielen verbleibenden Einvernehmens- und Benehmensregelungen anderer Ressorts (BMWi, BMF, BMI) und die Mitspracherechte des Bundesrates und der Länder (Infrastrukturrat) hingewiesen. Diese Regelungen bleiben u. E. hinter den hoch gesteckten Erwartungen vieler Kolleginnen und Kollegen zurück, die nicht zuletzt durch Ausführungen des BPMin zu Beginn der Reformarbeiten erzeugt worden sind.

Bundesminister Dr. Schwarz-Schilling betonte, ihm sei daran gelegen, daß die Unternehmen der DBP ihre Chancen

ZUR POSTREFORM

Warum es einem alten Postbeamten schwer fällt, sich für die Postreform zu begeistern

im Wettbewerb durch eine offensive Marktstrategie auch tatsächlich wahrnehmen. Der durch die Reform gewonnene Handlungsspielraum reiche dazu auch aus. Was die Mitwirkungsrechte anderer Ressorts angehe, habe er sich in den „essentials" durchgesetzt. Vor Beginn der Reform hätten nur wenige daran geglaubt, daß die Sonderregelungen im Personalbereich gegen den Widerstand des BMI zu erreichen seien. Da die DBP in der Hand des Bundes bleibe, seien bestimmte Beteiligungsrechte anderer Ressorts nicht zu vermeiden. So obliege es z. B. dem Bundesfinanzminister, die Eigentümerinteressen des Bundes wahrzunehmen.

Bei den Gesprächspartnern bestand Übereinstimmung, daß trotz der Aufgliederung der DBP in drei Teilunternehmen an der Einheit von Post- und Fernmeldewesen festgehalten werden soll. Die von der VHP zur Stärkung dieser Einheit vorgeschlagene Erweiterung der Kompetenzen des Direktoriums lehnte der BPMin jedoch ab, weil dies zu einer neuen Entscheidungsinstanz führe.

Das ca. 21/2-stündige Gespräch verlief in einer angenehmen und aufgeschlossenen Atmosphäre und war vom gegenseitigen Verständnis der Gesprächspartner für die jeweiligen Standpunkte getragen.

Johann Paffen

Wer würde es nicht begrüßen, wenn die Deutsche Bundespost eine neue rechtliche Ordnung erhielte, die es ihr ermöglicht, freier als bisher und unabhängig vom Mitspracherecht anderer Ministerien ihren Dienst an der Allgemeinheit zu erfüllen? Ob dieses Ziel durch die geplante Postreform erreicht wird, muß ein alter Verwaltungspraktiker allerdings bezweifeln.

Die Post hatte bisher eine klare, dreistufige Verwaltungsgliederung: die Ortsstufe nahm den Betrieb wahr, den Oberpostdirektionen oblagen für ihren regionalen Bereich die überörtlichen Verwaltungsaufgaben, das Ministerium, dem als „Postparlament" der Postverwaltungsrat zur Seite stand, gab die Richtlinien.

In Zukunft wird es zwei Organisationsstufen mehr geben: den Vorstand der einzelnen Dienstzweige und das Direktorium. Neuerdings spricht man auch noch von einem „Strukturrat", in dem die Länder zur Wahrung ihrer Interessen zu Worte kommen sollen. Grundsätzliche Fragen, die die Bundespost als Ganzes betreffen, z. B. Investitionen, müssen dann noch an mindestens zwei weiteren Stellen behandelt werden. Man kann sich schwer vorstellen, daß die Unternehmensführung insgesamt dadurch beweglicher wird, sie dürfte eher schwerfälliger und teurer werden.

Bei Aufgliederung der Post in drei selbständige Organisationseinheiten müssen für alle Aufgaben, die jetzt bei den Oberpostdirektionen im Verbund wahrgenommen werden (Personalwesen, Liegenschafts- und Hochbauwesen, Kraftfahrwesen, Kassen- und Rechnungswesen), die erforderlichen Dienststellen neu aufgebaut und besetzt werden. Es wäre unrealistisch anzunehmen, daß man nach einer Aufteilung mit dem bisherigen Personal und den vorhandenen Büroräumen auskommen würde. Parkinson läßt grüßen.

Wer, wie viele alte Postbeamte, bei verschiedenen Oberpostdirektionen tätig gewesen ist, weiß, wie fruchtbar die Zusammenarbeit mit den Angehörigen anderer Fachrichtungen war: Fernmeldeingenieure, Maschinenbauingenieure, Juristen, Architekten, Volkswirte sahen manches aus verschiedener Sicht, aber alle fühlten sich verantwortlich für das gesamte Nachrichtenwesen; so hat jeder gern vom anderen gelernt. Man kann sich schlecht vorstellen, daß in den neuen Organisationseinheiten, in denen die Angehörigen der einzelnen Fachrichtungen weitgehend unter sich bleiben, in gleicher Weise ausgewogene, dem Ganzen dienende Arbeit geleistet wird wie bisher.

Wer in Jahrzehnten beruflicher Tätig-

DER BUNDESGESCHÄFTSFÜHRER STELLT SICH VOR

Wolfgang Schicker

– 1956 als waschechter Rheinländer in Düsseldorf geboren und mit vielen, aber nicht allen für diese Spezies typischen Eigenschaften gesegnet

– nach Grund- und Realschule am Gymnasium im wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Zweig die Allgemeine Hochschulreife erworben

– anschließend an der Ruhr-Universität in Bochum Allgemeine Elektrotechnik studiert und mit Schwerpunkt in Hoch- und Höchstfrequenztechnik und Optik abgeschlossen

– nach dem Studium kurze Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Arbeitsgruppe Hochfrequenzmeßtechnik

– 1983 bei der OPD Köln eingestellt und dem FA Aachen zur Ausbildung

keit bei der Post eine Vielzahl von betrieblichen Veränderungen miterlebt, mitgetragen und auch mitgestaltet hat, wird von Staunen ergriffen, wenn er hört, daß die Bundespost in ihrer bisherigen Organisationsform nicht in der Lage sein soll, mit den neuen Kommunikationsmitteln fertig zu werden. Er denkt daran, daß die Post gerade im Fernmeldewesen immer eine Spitzenstellung in der Welt eingenommen hat. Sie hat jeweils alle neuen technischen Aufgaben gemeistert: angefangen vom Rundfunk – seinerzeit nicht minder Neuland wie heute die moderne Telekommunikation – über die Automatisierung des Fernsprechvermittlungsdienstes, den Kurzwellenfunk, den Richtfunk, den Satellitenfunk bis zur Umstellung auf ein digitales Universalnetz und die Glasfasertechnik. Da sollte sie den gegenwärtigen Anforderungen nicht gewachsen sein?
Die vorgesehene Postreform wird die Post in ihrem Wesen von Grund auf verändern. Bisher sah man in ihr einen Teilbereich staatlicher Daseinsvorsorge, der die wichtigen Kommunikationsbedürfnisse aller Bürger bei sparsamster Wirtschaftführung ohne Streben nach Gewinn zu befriedigen hatte. Die Post der Zukunft wird ein reines Wirtschaftsunternehmen sein. Die Postdienstkräfte müssen daher umlernen. War bisher der Dienst am Gemeinwohl der Leitstern ihres Handelns, so werden es in Zukunft der Wettbewerb und der Kampf um Marktanteile sein. Was dabei herauskommt, kann man von der Bundesbahn lernen, der großen Schwesterverwaltung der Bundespost: Verkehrsverbindungen, die Gewinn versprechen, werden forciert und mit großem Aufwand ausgebaut, die übrigen werden vernachlässigt. Die Allgemeinheit hat das Nachsehen.
Wir haben in der Bundesrepublik schon mancherlei Reformen erlebt. Man braucht nur an die Gebietsreformen und an die Reformen im Bildungswesen, vor allem im Schulwesen, zu erinnern. Nicht immer haben diese Reformen die an sie geknüpften Erwartungen erfüllt. Hoffen wir, daß uns ähnliche Erfahrungen bei der Postreform erspart bleiben.

Dr. Kurt Wiesemeyer

zugewiesen
– von der Absenkung der Eingangsbesoldung mit voller Wucht getroffen
– seit Anfang 1985 im Funkreferat der OPD Stuttgart tätig, zuletzt schwerpunktmäßig im Bereich Mobilfunk
– anstelle des Wehrdienstes für mindestens 10 Jahre zu ehrenamtlichem Dienst im Katastrophenschutz verpflichtet; in der Leitstelle des Deutschen Roten Kreuzes neben der Abwicklung des Fernmelde- und Funkverkehrs für Einsätze der Einheiten des DRK-Landes- und Kreisverbands im Rahmen des Medizinischen Transportdienstes bei der Vermittlung dringend benötigter Blutkonserven und zunehmend bei der Organisation des Transports von Ärzteteams für Organtransplantationen bzw. von explantierten menschlichen Organen eingesetzt
– VHP-Mitglied seit 1985, 1986 als Ersatzbeirat in den Vorstand des Bezirksvereins Stuttgart gewählt und bei der letzten Jahreshauptversamlung wiedergewählt
– seit kurzem Bundesgeschäftsführer unserer Vereinigung

ZUR WISSENSCHAFTLICHEN SCHEIN-EXKLUSIVITÄT

Ein Bericht des psychologischen Instituts für soziale Strategien (PISS)

Wissenschaft ist exklusiv. Das heißt, im eigentlichen Sinne des Wortes, sie schließt aus, und zwar jeden, der etwas anderes oder gar nichts studiert hat. Aber da es viele verschiedene Wissenschaften gibt und jedes Jahr einige Dutzend neue dazukommen, muß man unterscheiden. Es gibt Wissenschaften, bei denen keiner mitreden kann, der nicht eingeweiht ist, weil sie ihrem Wesen nach kompliziert und umfangreich sind, wie z. B. die Mathematik, und solche, bei denen man deshalb als Laie nicht mitreden kann, weil sie sich hinter der Barriere ihrer künstlichen Fachsprache zu verbergen wissen, wie z. B. die Soziologie. Originäre Sprachbarrieren entstehen durch die Vielschichtigkeit dessen, was dargestellt wird.

Das vielbeklagte sog. Juristendeutsch arbeitet zwar fast ohne Fremdwörter, aber das Rechtssystem ist ziemlich kompliziert und selbst ein genialer Richter kann nicht alles so zubereiten, daß sich das Urteil einer Revisionsinstanz so leicht verdaulich liest wie die Bildzeitung oder der Spiegel.
Bei der Soziologie mag das anders sein. Über gesellschaftliche Zusammenhänge kann man sich auch als Laie unterhalten. Damit können sich aber Berufssoziologen nicht abfinden. Wo käme man denn da hin? Also her mit dem Fachchinesisch! Für die Psychologie gilt das selbe. Zwar gibt es bedeutende Soziologen und Psychologen, die eindrucksvoll und verständlich für alle schreiben, aber das sind nur die wenigen, die wirklich etwas zu sagen haben. Alle anderen müssen sich auf ihren Fachjargon zurückziehen, der es ihnen gestattet, ihre Bedeutungslosigkeit überdimensional aufzuplustern.

ZUR POSTREEFORM

Warum es einem alten Postbeamten schwer fällt, sich für die Postreform zu begeistern

Das folgende Beispiel aus dem Gebiet der Literatursoziologie stammt aus dem Buch „Funktionalität und Sozialrelevanz fiktionaler Texte" von Prof. Dr. Dr. Albin von Schmalhirn.

Kunst bedingt den Einsatz von Kommunikationsmedien, da sie, ihrem Wesen nach, nur im Kontext der menschlichen Interdependenz die ihr immanente Aussage zur Wirkung zu bringen vermag. Produkte der literarischen Betätigung sind in erster Linie auf die Publizierung in Printmedien angewiesen, wobei sich jedoch deren Relevanz nicht allein aus der Tatsache der Publizierung als solcher herleiten läßt. Zusätzliche Bedingung literarischer Relevanz ist ein bestimmtes Mindestmaß übersteigender Medienkonsum seitens des durch den Text angesprochenen anonymen Kommunikationspartners. So gesehen korreliert die Effizienz literarischer Texte mit ihrer Publizität.

Die zentrale Aussage Schmalhirns ist in diesem hier zitierten Satz enthalten. Der weitere Inhalt des erwähnten Buches dient der Fundierung seiner revolutionären These anhand von Zitaten aus insgesamt 2397 weiteren Fachbüchern, die mit anderen Worten das Gleiche sagen. Bücher, die auf hunderten von Seiten mit derartigem Wortgewölke angefüllt sind, tragen dazu bei, daß eine derartige Wissenschaft sich selbst erhalten bleibt. Sie stabilisiert sich selbst. Da aber kein Wissenschaftler den Mut haben darf, als unwissenschaftlich zu gelten, es sei denn, er habe selbst etwas zu sagen, muß er sich auf den kollegialen Fachjargon einstimmen. Wäre er dazu nicht in der Lage, könnte ihn jeder als Wasserkocher erkennen.

Ganz anders ist es mit der Lyrik. Sie arbeitet u. a. damit, daß abstrakte Vorgänge in sprachliche Bilder (Metaphern) übertragen werden können. Da eine Metapher aber mehr sagt als das, was sie sagt, bildet sich um sie herum gewissermaßen ein Hof von Bedeutungen. Dieser Hof hat keinen Zaun, man kann also die Grenze der Bedeutung nie genau definieren (übrigens sind in diesem Satz die Worte „Hof" und „Zaun" ebenfalls im übertragenen Sinne, also metaphorisch gebraucht). Was damit gemeint ist, kann an folgendem Beispiel gezeigt werden. Ein alter deutscher Rechtsgrundsatz lautet:

„Blutige Hand nimmt kein Erbe."

Wer mit sprachlichen Bildern umgehen kann, und einst war dies die eigentliche, ursprüngliche Ausdrucksweise, der weiß, was in diesem Zusammenhang eine „blutige Hand" bedeutet. Es ist eine Metapher für denjenigen, der den Erben umgebracht hat, um sich auf diese Weise zu bereichern. So gesehen, hat auch der Giftmischer eine „blutige Hand". Da aber im Laufe der Jahrhunderte die Sprache bilderärmer und abstrakter geworden ist, konnte man mit Metaphern außerhalb der Lyrik immer weniger anfangen. Die Bildersprache ist den Spitzfindigkeiten der Pedanten zum Opfer gefallen. Die Richter kamen vermutlich in Verlegenheit, als sie einem Giftmischer nachweisen wollten, daß auch seine Hand blutig ist. Wo, wird man sie gefragt haben, seht ihr denn das Blut? Im Bürgerlichen Gesetzbuch von 1896 steht dann also die Übersetzung ins moderne Juristendeutsch:

§ 2339: „Erbunwürdig ist:
1. Wer den Erblasser vorsätzlich und widerrechtlich getötet oder zu töten versucht oder in einen Zustand versetzt hat, infolgedessen der Erblasser bis zu seinem Tode unfähig war, eine Verfügung von Todes wegen zu errichten oder aufzuheben;
2. Wer den Erblasser vorsätzlich und widerrechtlich verhindert hat, eine Verfügung von Todes wegen zu errichten oder aufzuheben . . ."

Mit dieser Sprache läßt sich fast allen Eventualitäten dienen. Sie ist genau, korrekt, eindeutig und unpopulär. Sie prägt sich nicht ein.

Ein Gedicht dagegen kann man auswendig lernen. Und da eine Metapher für vieles stehen kann, läßt sich mit wenigen Worten vieles sagen. Wer den zitierten Satz von Prof. von Schmalhirn noch in Erinnerung hat, möge jetzt versuchen, seine Aussage in etwas kürzere Worte zu fassen. Wer etwas Zusätzliches tun möchte, kann versuchen, die Kurzfassung in ein Kurzgedicht zu kleiden.

Hier ein Beispiel:

„Ohne Leser wär auch Goethe
nur ein Flöter ohne Flöte"

Dieser Zweizeiler enthält den gesamten Inhalt des zitierten Satzes von Schmalhirn. Nichts weniger, aber auch nichts mehr. Die beiden Texte sind inhaltlich identisch, aber unterschiedlich formuliert. Das Bild „Flöter ohne Flöte" steht für alle, die mit ihrer Kunst nichts bewirken können, weil man sie nicht hört. Alles andere braucht nicht erklärt zu werden, weil man es sowieso schon weiß. Selbst „Goethe" ist hier nur Metapher.

Das Problem der Wissenschaft ist, daß der „Flöter ohne Flöte" nicht genau definiert werden kann. Wer es wirklich ganz genau und unanfechtbar wissen will, so daß es auch der letzte intelligente Korinthenkacker zu verstehen glaubt, der muß dann also doch wieder zu einer abstrakt umständlichen Sprache zurückfinden. Außerdem: Wer möchte denn schon den einzigen Gedanken, den er zum Thema überhaupt hat, in einen Zweizeiler verschwenden, wenn man ihn doch zu einem Buch breittreten kann?

Nochmals ein Zitat aus dem Werk Schmalhirns.

Der Umfang eines wissenschaftlichen, ggf. auch literarischen Textes kann, wie empirische Untersuchungen ergeben haben, die Akzeptanz beim Leser beeinflussen. So zeigte sich etwa, daß die Lesedauer bei einem umfangreichen Text signifikant höher ist als bei einem kurzen Text. Als Ursache dieses Unterschieds wird vermutet, daß, bei unterstellter gleicher Lesedauer für eine Textseite, die Gesamtlesedauer im gleichen Verhältnis steigt wie die Zahl der Seiten. Da jedoch der substantielle Inhalt eines Textes nicht im gleichen Maße steigen muß wie sein Umfang, benutzen einige Autoren diesen Umstand dazu, den Umfang der von ihnen pro-

duzierten Texte durch redundante Formulierungen, exzessive Übernahmen anderweitig publizierter Forschungsergebnisse und repetitive Textbestandteile in einer ihrer inhaltlichen Substanz nicht angemessenen Weise zu erweitern.

Dieser Erkenntnis Schmalhirns kann voll und ganz zugestimmt werden. Allerdings stimmt sie inhaltlich mit einem Goetheschen Spruch überein, der bei ihm etwas kürzer, dafür allerdings unwissenschaftlich klingt:

Getretner Quark
wird breit, nicht stark.

So gesehen, ist manche lyrische Aussage geradezu anti-wissenschaftlich, weil sie wissenschaftlich klingenden Texten den Boden unter den Füßen wegzieht oder sie ersetzt.

Strategien zum Erkennen und Vermeiden von sprachlicher Breittretung:

1. Lesen Sie moderne psychologische und soziologische Bücher oder Aufsätze in wissenschaftlichen Fachzeitschriften. Versuchen Sie herauszubringen, worum es dem Autor geht.
2. Falls Sie es schaffen, den Text zu verstehen, versuchen Sie, den Inhalt so darzustellen, daß ihn jemand versteht. Dies ist die schwerste Aufgabe daran.
3. Machen Sie die Kontrolle. Was enthält Ihre Aussage gegenüber dem Text nicht?
4. Streichen Sie aus der untersuchten Fachliteratur alles heraus, was Sie für überflüssig halten, weil es leeres Wortgewölke ist.
5. Sollte nach der unter 4. geschilderten Maßnahme nichts mehr vom Text übrigbleiben, stellen Sie das so bedruckte Papier dem Recycling im Interesse der Umwelt wieder zur Verfügung.

F. Lx.

MOBILITÄT

Ursache einer neuen Völkerwanderung?

Aus der Geschichte ist uns die alte Form der Völkerwanderung bekannt. Während damals jedoch ganze Völkerscharen durch die Lande zogen, scheint in der Gegenwart eine ähnliche treibende Kraft auf den einzelnen Menschen zu wirken. Diese neue „Beweglichkeit" als Antriebskraft soll nun im folgenden näher betrachtet werden. Wo liegen die Ursachen? Wie sind die Auswirkungen?

Von der mythischen Vergangenheit zur jüngsten Gegenwart

Um die ersten globalen Völkerzüge aufzuspüren, müssen wir weit in die geschichtliche, wenn nicht gar mythische Vergangenheit zurückgehen. So waren es hier sicherlich die Bewohner jenes sagenhaften Kontinents Atlantis, die vor dem drohenden Untergang flüchteten und sich in anderen Teilen der Welt, wahrscheinlich im zentralasiatischen Bereich ansiedelten. Auch von den folgenden Zügen der Menschheit im indischen und persischen Raum ist uns nur wenig übermittelt. Geschichtsbewußt lassen sich die Wanderungen erst im Zweistromland Mesopotamien, in Ägypten und in Griechenland verfolgen.

Wer sich noch an die Geschichtsstunden der Schulzeit erinnert oder danach nochmals in ein Geschichtsbuch geschaut hat, wird vielleicht über die nachfolgenden Jahrhunderte und Jahrtausende die Züge der Kelten, Cimbern, Teutonen, Römer, die abgeschlagenen Einfälle der Hunnen, Ungarn, des Islam und der Türken, die mitteleuropäische Völkerverlagerung der Sachsen, Goten, Burgunder und Franken sowie die räuberischen Fahrten der Wikinger benennen können. Auch Umschichtungen größeren Stils waren zu beobachten, an denen Glaubenseinstellungen sowie kirchliche und staatliche Macht ursächlich beteiligt waren: Kreuzzüge, Vertreibungen der Protestanten, der Hugenotten, Judenpogrome und vieles mehr. Zu erwähnen sind dabei auch die politisch und wirtschaftlich bedingten Auswanderungsströme in die neu entdeckten Erdteile, die Kolonisation, die Auswirkungen eines weltweiten Imperialismus, die häufig verbunden waren mit einer Vertreibung oder Ausrottung anderer Völkerstämme. Die Geschichte bietet hierfür eine Fülle von Ereignissen.

Diese Beobachtung läßt sich fortsetzen bis in die jüngste Vergangenheit. Der älteren Generation sind die Flüchtlingsströme nach dem zweiten Weltkrieg noch in schlimmer Erinnerung. Betrachtet man diese sich über Jahrtausende erstreckenden Völkerverschiebungen, so wird man überwiegend feststellen, daß von diesen Ereignissen ganze Völker oder Völkerstämme betroffen wurden, daß dabei die Führung meistens in den Händen einiger weniger Menschen lag und daß der einzelne Mensch zwar intensiv berührt wurde, aber selbst nur wenig an seinem Schicksal ändern konnte. Es war überwiegend das Schicksal eines ganzen Volkes, dem sich jeder Angehöriger der betroffenen Gruppe fügen mußte. Eine andere freie Entscheidung war kaum möglich oder hätte oft sogar zu einem Ausschluß aus der Gemeinschaft geführt.

Wie krabbelnde Ameisen

Welches Bild bietet sich nun gegenwärtig in Europa und in den übrigen Industrienationen? Ein außenstehender Beobachter würde wahrscheinlich feststellen, daß bei den großen Völkerwanderungen seit einigen Jahrzehnten überwiegend Ruhe eingetreten ist. Zwar sind hin und wieder – vor allem in anderen Kontinenten – noch Flüchtlingstrecks zu verzeichnen, jedoch sind sie kaum vergleichbar mit den großen historischen Umschichtungen.

Dagegen scheint ein andersgeartetes Phänomen eingetreten zu sein. Eine weiträumige und im Zeitraffer ge-

führte Beobachtung zeigt ein ungeheures Gewimmel, ein Hin- und Herbewegen einzelner Menschen, kleinerer Gruppen oder Familien. Das Bild mehrerer sich überkreuzender Ameisenströme drängt sich auf. Man wundert sich nicht, wenn sich manche dabei die Köpfe einrennen. Was ja auch tatsächlich passiert, wenn wir an die vielen Verkehrsunfälle denken.
Neben diesen bewegten Menschenströmen ist dann noch ein zweites Hin- und Herschieben festzustellen, nämlich der Transport vieler materieller Güter.
Wie verhält sich nun der einzelne Mensch in dieser Situation? Auf der einen Seite schimpft er über die Zunahme des Verkehrs, über die verstopften Straßen und über die zunehmende Belastung der Umwelt, auf der anderen Seite hindert ihn dieses Erkennen dennoch nicht daran, kräftig in diesem Spiel mitzumischen. Er tut es sogar freiwillig und empfindet sein Tun als eine Art sportlicher Leistung.

Mobilität – ein modernes Schlagwort

Für dieses menschliche Verhalten, das sich in den letzten zehn Jahren intensiv verstärkt hat, gibt es das schöne Wort „Mobilität".
Im Großen Brockhaus (Ausgabe 1955) finden wir die folgende Erläuterung: „*Mobilität*, Bevölkerungsstatistik: die Häufigkeit des Wohnsitzwechsels einer Bevölkerung durch Auswanderung oder Binnenwanderung."
Der Neue Brockhaus (Ausgabe 1974) erweitert diesen Begriff dahingehend: „1) Statistik: regionale Mobilität, die Häufigkeit und Richtung von Wohnsitzwechseln. 2) Soziologie: soziale M., die ‚Beweglichkeit' von Personen, Gruppen oder Kollektiven in der Gesellschaft. Ein sozialer Positionswechsel kann horizontal (Wechsel etwa gleicher Position) oder vertikal (Auf- oder Abstieg) verlaufen."
Die neueste Ausgabe des Duden (1986) führt hierzu aus: „(geistige) Beweglichkeit; Bevölkerungsstatistik: Häufigkeit des Wohnsitzwechsels."
Wir werden nun bei unseren Überlegungen feststellen, daß sich diese „Beweglichkeit" nicht nur auf einen Wohnsitzwechsel beschränkt, sondern vielmehr auch andere Auswirkungen zeigt.

Die berufsbedingte Mobilität

„Da der spätere Einsatz in mehreren Filialen unseres Unternehmens möglich ist, setzen wir eine Mobilität, die auch im Karriere-Interesse unserer Bewerber liegen müßte, als selbstverständlich voraus." So oder ähnlich formuliert finden wir manche Inserate, die für Führungskräfte werben.
Schließlich ist es uns als Angehörigen der Deutschen Bundespost auch bewußt, daß mangelnde Mobilität wenig angesehen ist und den Betroffenen ohne Rücksicht auf sonstiges Engagement und Leistung häufig auf ein wenig befahrenes Nebengleis bringt. Die Verhältnisse haben sich sogar soweit gewandelt, daß bei jüngeren Kolleginnen und Kollegen im höheren Dienst der Einsatzort sofort nach der Ausbildung gewechselt werden muß. Wer in den letzten Jahren das Amtsblatt studierte, hat sicherlich festgestellt, daß die Rubrik „Versetzungen" zahlenmäßig größer ist als die Rubrik „Ernennungen". Doch kehren wir zurück zur Mobilität, die wir in dieser Form mit dem Attribut „berufsbedingt" bezeichnen wollen.
Wir brauchen bei dieser Form der „Beweglichkeit" zunächst noch nicht einmal den Wohnortwechsel im Falle einer Versetzung einzubeziehen, um die Folgen und Auswirkungen darzulegen. In den Großstädten und Ballungsgebieten – sie nehmen leider immer mehr zu – genügte in den letzten Jahrzehnten oder Jahren häufig ein Wohnsitzwechsel im gleichen Ort, etwa der Erwerb eines Eigenheimes im grünen und ruhigen Vorort oder der Standortwechsel der Arbeitsstätte. Gerade letzteres trat häufig ein, wenn einzelne Unternehmen aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus ihren innerstädtischen Standort mit einem Neubau auf der grünen Wiese wechselten. Die Folgen sind für den einzelnen Mitarbeiter die gleichen. Sie bedeuten eine oft erhebliche Zunahme der Fahrzeit und eine belastende Verdichtung der Verkehrsströme, besonders dann, wenn der öffentliche Verkehr dem Bedarf nicht nachkommen kann.
Leider werden solche Fakten weder bei der Anpreisung der einzelnen Objekte im Immobilienmarkt noch beim Abschluß eines Bausparvertrages hervorgehoben. Sie finden ebenfalls absolut keine Berücksichtigung bei der Erstellung der Wirtschaftlichkeitsrechnung der einzelnen Unternehmen, wenn sie der alten Lage ihres Gebäudes die neue Situation gegenüberstellen. Aus eigener Erfahrung glaube ich, daß hiervon auch die Angehörigen einzelner Ämter oder Oberpostdirektionen ein wehmütiges Lied singen können.

Die Auswirkungen brauchen hier nur angedeutet zu werden, da sie genügend bekannt sind. Sie bedeuten für den Autofahrer längere Fahrzeiten, zäh fließende Verkehrsströme, die bei der geringsten Störung, wie Ampelausfall oder drei Zentimeter Neuschnee, zusammenbrechen, höhere Unfallziffern, unwirtschaftlicher Brennstoffverbrauch, zunehmende nervliche Belastung des Fahrers und eine nahezu unerträgliche Belastung der Umwelt durch Lärm und Abgase. Die oft angepriesene Alternative des öffentlichen Nahverkehrs ist nicht in jedem Fall besser. Überfüllte Züge, mehrfaches Umsteigen und langes Warten auf den Anschlußzug tragen nicht gerade zu einem Komfort bei.
Wer einmal ausgerechnet hat, welche unsinnige Zeit er in seinem Berufsleben für die tägliche Hin- und Rückfahrt zwischen Wohnung und Arbeitsstätte verschwendet, wird über dieses Ergebnis höchst erstaunt sein.
Eine brauchbare Lösung zur Abhilfe dieses Problems ist kaum in Sicht. Ge-

staffelte oder gleitende Arbeitszeiten bringen häufig nur wenig, da der innerstädtische Verkehr sich auch zwischen den Zeiten der Rush-hour nur noch wenig entspannt. Die Arbeitsstätte muß aufgesucht werden. Auch Modelle, künftig eine Art Heimarbeit mit Hilfe der Datenverarbeitungstechnik ableisten zu können, werden nur wenig bewirken. Auf die Arbeit läßt sich auch nicht verzichten. Wer soll denn sonst den Arbeitsbeitrag leisten? Und wie soll jeder von uns seine Brötchen verdienen?
Zu dieser innerstädtischen, beruflich bedingten Mobilität kommt jetzt noch hinzu der eingangs erwähnte Ortswechsel, der sowohl im Interesse des Arbeitgebers als auch im Interesse des Arbeitnehmers liegen kann.

Wir brauchen dabei noch nicht einmal an die oft zitierte Karriere zu denken. Was bleibt schließlich einem jungen Schul- oder Studienabgänger anderes übrig, als den Ort zu wechseln, wenn sich ihm in seiner Umgebung überhaupt keine beruflichen Tätigkeitsfelder bieten?
So oder so heißt es dann zu wandern. Häufig will oder kann dabei die Familie diesem Ruf nicht folgen. So kann es an geeignetem oder preiswertem Wohnraum mangeln. Ein Schulwechsel wirkt sich nachteilig aus. Die Beschäftigung der Ehefrau kann Probleme mit sich bringen, oder es sind pflegebedürftige Angehörige zu versorgen. Viele Gründe können so einem Ortswechsel zunächst hinderlich sein.
Die Folgen sind dann die sogenannten Wochenendehen und als eine direkte Auswirkung auf Straße und Schiene die vielen Wochenendheimfahrten. Jedes oder jedes zweite Wochenende ruft wieder den Alptraum von den gestauten Autobahnen oder von den überfüllten Zügen hervor. Nicht jeder Arbeitnehmer ist schließlich in der komfortablen Situation, von einer Befreiung der Flugbenzinsteuer Gebrauch machen oder sich als zeitungslesender Beifahrer einem Chauffeur anvertrauen zu können.

So mag dann mancher Leidensgenosse am Ende seiner beruflichen Odyssee auf den traurigen Rekord zurückblikken, der ihm eine mehrfache Erdumquerung mit dem eigenen Auto bescheinigt. Hierzu läßt sich sogar eine kleine Berechnung anführen. Wer zwölf Jahre in Norddeutschland arbeitet und in Süddeutschland wohnt – der umgekehrte Fall gilt natürlich auch – und während dieser Zeit zweimal im Monat eine Familienheimfahrt antritt, könnte sich vielleicht sogar damit brüsten, mit seinem Kraftfahrzeug bereits weit „hinter dem Mond" angelangt zu sein.

Wirtschafts-Mobilität

Auch wenn dieser Ausdruck offiziell noch nicht existiert, so sei er hiermit kreiert.
Die Folgen dieser Mobilität gleichen im Grunde den bereits beschriebenen Auswirkungen, zumindest was die mehr und mehr verstopfen Verkehrswege betrifft.
In der heutigen Wirtschaft ist es das Bestreben einzelner Unternehmen, ihre Produkte landes-, bundes-, europa- oder weltweit anzubieten, abzusetzen, neue Märkte zu gewinnen, Konkurrenten abzuschütteln oder in den eigenen Betrieb einzugliedern. Es gleicht in manchen Fällen einer anderen Form von Kriegsführung und ist bisweilen einer Seeräuberei nicht ganz unähnlich. Wie sagte doch Goethe so treffend im Faust:

„Krieg, Handel und Piraterie,
Dreieinig sind sie, nicht zu trennen."

Ein anderes Phänomen wirkt in die gleiche Richtung. Der Wunsch des Verbrauchers geht häufig dahin, überall und zu jeder Zeit alles kaufen zu können. Das Flensburger Bier in München oder umgekehrt, die Würstchen mit Sauerkraut am Mittelmeer, der kalifornische Wein in der Bundesrepublik, Erdbeeren und Spargel zu Weihnachten, exotische Speisen zu jeder Tages- und Nachtzeit. Das sind nur einige herausgegriffene Beispiele. Das sollen auch keine Vorwürfe sein gegen den guten Appetit der Mitmenschen; jedoch ist zu bedenken, daß alle Waren auch schließlich zum Verbraucher transportiert werden müssen.
Manchmal wird man allerdings feststellen, daß der im Urlaubsland so herrlich schmeckende Landwein in den mühsam nach Norden transportierten Flaschen einen erheblichen Reiz verloren hat. Vielleicht hat doch die örtliche Aura einen Einfluß auf die dort gewachsenen Produkte ausgeübt, auch wenn dies wissenschaftlich nicht meßbar ist.
Aber die Wirtschaft wird auf solche Überlegungen sicherlich nicht gerade freudig reagieren. Sie wird weiterhin dem Kunden einzureden versuchen, daß er unbedingt dieses oder jenes Erzeugnis braucht und kaufen muß.
Die Folgen dieser weltweiten Marktöffnung, dieser Wirtschafts-Mobilität, sind dann natürlich auch die Probleme, die mit dem Transport quer durch die Länder verbunden sind. Wer ist nicht schon auf der Autobahn jenen Lastwagen begegnet, die auf der einen Fahrbahn den Schweineschinken aus Dänemark nach Italien und auf der anderen Fahrbahn die gleichen Stücke als sogenannte Parmaschinken wieder zurück in den Norden transportieren. Derartige Betrachtungen lassen sich auf viele Produkte ausdehnen.

Ebenso stellt sich der geduldige Autofahrer manchmal die Frage, warum denn süddeutsche Einbauküchen unbedingt nach Schleswig-Holstein oder Katzenfutter von Niedersachsen nach Bayern transportiert werden müssen. Wahrscheinlich hat bei einer bundesweiten Ausschreibung eine entfernt angesiedelte Firma wieder einmal das mindestfordernde Angebot abgegeben. Ob dieses Verfahren letztlich auf Dauer gesamtwirtschaftlich ist, besonders wenn die Auswirkungen auf Mitmenschen und Umwelt einbezogen werden, kann durchaus in Frage gestellt werden.
Kaum hoffnungsvoller richtet sich daher unser Blick auf das Jahr 1992, für das die Öffnung des europäischen Bin-

nenmarktes angekündigt wird. Kaum zu erwarten ist das Vergnügen, wenn für die Fenster eines Neubaus das Glas aus Italien, die Holzrahmen aus Irland, die Beschläge aus Frankreich, der Kitt aus Portugal und die Anstrichfarben aus Griechenland quer durch Europa transportiert werden!
Auf jeden Fall wird die Wirtschaftsmobilität weiter zunehmen und mit ihr die Folgen, die sich zu denen addieren, die durch die eingangs geschilderte Mobilität des einzelnen Bürgers hervorgerufen werden.

Voll hinein in das Vergnügen!

Nun könnte man eigentlich annehmen, daß die Mitbürger, die dem täglichen Streß der beruflichen Mobilität und den Folgen der Wirtschaftsmobilität zwangsläufig ausgesetzt sind, sich nicht noch freiwillig einer dritten Form dieser „Beweglichkeit" aussetzen. Weit gefehlt in der Annahme!
Kaum ist die anstrengende Arbeitswoche vorüber, stehen schon viele Familien in den Startlöchern, um sich auf die Wochenendziele zu stürzen. Ferienwohnungen, Wochenendhäuser, Campingplätze, Segelyachten, merkantil oder privat organisierte Kurzreisen, Bildungsreisen, Besichtigungsfahrten, Wochenendfestivals oder ähnliche Aktivitäten bilden eine breit gefächerte Palette mit dem Anreiz, Zeit und Geld zu opfern. Nur mit dem einzigen Unterschied, daß diese Handlungsweisen keineswegs als ein Opfer empfunden, sondern vielmehr als ein Grundrecht auf Freiheit und Freizügigkeit betrachtet werden.
Besonders hektisch geht es an jenen Wochenenden zu, die durch einen Feiertag verlängert werden können oder die durch Einbeziehung eines zusätzlichen Urlaubstages ebenfalls mit einem Feiertag verbunden werden können. Himmelfahrt und Fronleichnam sind dafür beliebte Ereignisse.
Manche Mitmenschen sind so wahre Meister, auf diese Weise ihre Urlaubstage in eine Vielzahl von Kurzurlaube zu verwandeln. Und jedesmal stürzt man sich voll in das Getümmel, obwohl die Staus auf den Autobahnen oder an neuralgischen Verkehrsknoten bereits programmiert sind. Häufig läuft an solchen Tagen dann überhaupt nichts mehr.
In der Hauptferienzeit können auf den Autobahnen die entstehenden Engpässe bereits mit einer Wahrscheinlichkeit vorhergesagt werden, die jeden Meteorologen in bezug auf seine Wettervorhersage vor Neid erblassen läßt. Dennoch hält dies die mobile Gesellschaft von ihrem Tun nicht ab.

Aber nicht nur die Straßen werden von Jahr zu Jahr voller, auch in der Luft wird die Bedrängnis in jedem Jahr gefährlicher. Bei der Bahn ist ein ähnlicher Trend festzustellen. Angelockt durch Super-Spar-Angebote flitzen die reiselustigen Kunden von Nord nach Süd, von Ost nach West. Hier tritt besonders die junge Rucksackgeneration hervor, die mit unermüdlicher Aktivität von Stadt zu Stadt oder, besser gesagt, von Bahnhof zu Bahnhof reist, da für Übernachtungen und für das Kennenlernen der Städte häufig das Geld nicht ausreicht.
Wer jedoch etwas betuchter ist, dem bieten sich nicht nur Fernreisen in fremde Kontinente, er kann sogar im Winter einen Tagesflug von Hamburg nach München mit einem Skitrip zur Zugspitze oder im Sommer einen Nachtflug zum Polarkreis buchen. Ähnliche Angebote für andere ausgefallene Ziele gibt es viele.
Neben der großen, länder- oder gar weltumspannenden Mobilität lockt auch das kleinere, örtlich begrenzte Angebot zur Freizeitverschwendung mit einer breiten Palette. Während ich diese Zeilen schreibe, hätte ich zum Beispiel in Hamburg die Wahl, eine große Verkaufsausstellung in den Messehallen zu besuchen, am sogenannten Alstervergnügen teilzunehmen, ein „Open Air Classic Festival" mit anschließendem Großfeuerwerk zu genießen oder aber auch alle drei Veranstaltungen zu konsumieren, verteilt auf den Vormittag, den Nachmittag und den Abend eines einzigen Tages. Zu jeder dieser Darbietungen werden zwischen 50 000 und 200 000 Teilnehmer erwartet.
Das schreckliche Unglück beim Flugtag in Ramstein, an dem über 300 000 Schaulustige teilnahmen, liegt noch nicht lange zurück. Dennoch hielt es eine Woche danach die Leute nicht ab, bei einem ähnlichen Ereignis in England sich dem gleichen Risiko auszusetzen. Es klingt fast makaber, hierbei an den Ausspruch des Amerikaners Neil Postman zu denken, der in bezug auf die Verlockung der Medien behauptete, daß „die Menschheit sich zu Tode amüsieren werde".

Auf der Flucht?

Es fällt sicherlich schwer, die Frage nach den Gründen, besonders für diese dritte Art der Mobilität zu beantworten. Ist es nicht modern, aktiv, dynamisch und unternehmungslustig zu sein? Sich jung zu fühlen und nicht zum alten Eisen zu zählen? Schließlich wird der moderne Mensch von den Medien so dargestellt. Wer besitzt schon so viel gefestigte Persönlichkeit, sich dennoch einzugestehen, da er diesem verlangten Typ nicht entspricht? Wer möchte schon „out" sein, wenn alles um ihn herum dem herrschenden Trend bedingungslos folgt?
Oder ist es gar ein Davonlaufen von den Problemen des Alltags, von den Schwierigkeiten des Berufs, von den Differenzen in der Familie? Ist man jener „Mister Kimble auf der Flucht"? Oder, und das wäre am verhängnisvollsten, ist der einzelne Mensch bereits so weit in dem Sog dieser Mobilität gefangen, daß er dieses Verhalten überhaupt nicht mehr bewußt wahrnimmt und nur mitrennt in dem Strom der Lemminge, die sich in den Abgrund stürzen?

Nicht relevant?

Eine Tatsache ist jedoch so gut wie

sicher. Würde dieses Verhalten mit den daraus entstehenden Folgen vielen Menschen bewußter und würden sie dann darauf mit entsprechender Zurückhaltung in der Mobilität und mit Einsicht reagieren, so käme dies einer mittleren Katastrophe gleich. Und zwar für die Wirtschaft! Hängen doch an diesem Mobilitätsverhalten riesige Wirtschaftszweige, angefangen bei der Automobilindustrie, der Bahn, den Bus- und Fluggesellschaften, den Reiseunternehmen, der Touristikbranche, bis hin zur Sport- und Freizeitindustrie. Es folgen Gaststätten, Hotels, Privatvermieter und jene vielen Betriebe und Verkaufsbranchen, die sich daran sekundär anschließen. Ein Nachlassen auf diesem Sektor würde einen gewaltigen Einbruch in die Volkswirtschaft bedeuten.

Daher wird sich schließlich kein Politiker hinstellen und eine solche Mobilitätsenthaltsamkeit in sein Wahlprogramm aufnehmen, auch wenn er auf der anderen Seite umweltbewußt tut und auf die gefährdete Natur, das Waldsterben, das Umkippen der Nord- und Ostsee, das Robbensterben, das Ozonloch, auf Klimaveränderungen und auf sonstige drohende Katastrophen hinweist und selbstverständlich baldige Abhilfe verspricht.

Es liegt also beim einzelnen mündigen Bürger, ob er die Zusammenhänge durchschaut und dann versucht gegenzusteuern, auch wenn er selbst davon auf Umwegen wirtschaftlich betroffen wird. Aber was nützt ihm das schnellste und teuerste Auto im kilometerlangen Stau? Was bringt ihm die zusätzliche Freizeit, die er „mobil" auf der Suche nach ständig neuen Eindrükken oder in Lethargie vor dem Bildschirm vergeudet?

So fürchte ich, daß dieses Thema für die Mehrzahl der Bürger nicht relevant sein wird. Man wird sich wohl ständig wieder in das sich immer schneller drehende Mobilitäts-Karussell setzen und sich beklagen, wenn einem schwindelig wird oder der Kopf schmerzt.

Horst Plath

KLEINE ANMERKUNGEN ZU GROSSEN DENKERN

Friedrich Wilhelm Joseph von Schelling: Die Natur ist der sichtbare Geist

An Schelling scheiden sich die Geister: Man kann ihn verehren, schmähen, nicht ernst nehmen, ablehnen oder für einen der ganz Großen halten, nur in einem kann man sich einig sein: Er war unzuverlässig. Man kann mit ihm zu höchsten Gipfeln des Geistes gelangen, aber auf manchmal abenteuerlich verschlungenen, oft unterbrochenen Wegen. Schelling arbeitete mehr oder weniger intuitiv, ohne Schema und Konzept, hielt keine Gliederung ein, manchmal hat man den Eindruck, er philosophierte einfach drauflos. Philosophie war ihm eine „intellektuelle Anschauung des Unbewußten" (übrigens eine geniale Definition), aber dabei kann es dann schon vorkommen, daß er über viele Seiten auf der Stelle bohrt und doch kein Loch schafft, das dem Leser zum Durchblick verhilft. Aber dann folgt eine Reihe von erleuchteten, oft geradezu prophetischen Einsichten, herrlich und treffend kurz formuliert. Es gibt hier noch Schätze zu heben. Gerade in unseren Jahren unter dem Einfluß einer neu verstandenen Spiritualität könnte man beginnen, nicht nur seine Schwächen, sondern zunehmend auch seine Größe zu erkennen.

Es gibt wohl kaum eine Philosophie, die sich auf eine so einfache und kurze Formel bringen läßt wie die Schellings. Seine Formel klingt lapidar, es ist ein ganz dicker Brocken. Sein Satz lautet: „Ich = Ich". Diese Aussage ist trotz ihres Scheins alles andere als selbstverständlich. Sie ist vielleicht nur ganz wenigen wirklich zugänglich und im wahrsten Sinne des Wortes esoterisch. Der Satz kann etwa so erklärt werden: Wenn ich mich betrachte, dann gibt es zwei „Ichs", nämlich eines, das betrachtet, und eines, das betrachtet wird. Ein Subjekt und ein Objekt. Alles was ich bei dieser Betrachtung wahrnehme, ist materielles Objekt. Wo aber bleibt das eigentliche Subjekt, das Ich, als das jeder Wahrnehmung entzogene Selbstbewußtsein? Es ist unsichtbar und unerkennbar, es ist nicht von dieser Welt. Es ist ein geistiges, zeitloses, unsterbliches, jenseitiges Ich. Ein jeder Betrachtung entzogener Teil unserer selbst. Während nun aber manche Denker meinten, also müsse es zwei getrennte Wesen von uns geben, ein geistiges Ich und ein leibliches Ich, geht Schelling einen Schritt weiter und sagt: Die beiden sind eins: Natur und Geist, diesseitiges und jenseitiges Ich sind untrennbar ein und dasselbe. Ja, die ganze Natur ist nur sichtbarer Geist, es gibt außerhalb des Geistes keine Materie. Materie könne man sich nur vorstellen als in elektrische Schwingungen versetzter Geist. Diese Aussage Schellings stammt von 1797, rund 130 Jahre vor ganz ähnlichen Erkenntnissen der Quantenphysik.

Am 18. Oktober 1790 trifft das frühreife, erst 15jährige Pfarrersöhnchen aus Leonberg (bei Stuttgart) in Tübingen ein, um dort Theologie (was sonst?) zu studieren. Im Tübinger „Stift" mußte er seine bescheidene Bude mit zwei anderen, fünf Jahre älteren Studenten teilen. Was für ein „Zufall": Sie heißen Hölderlin und Hegel. Drei der größten Genies der damaligen Zeit wurden Freunde — wenn auch nicht fürs ganze Leben, aber keiner von ihnen wurde Pfarrer. Mit 20 Jahren (1795) schließt Schelling sein Studium ab und geht auf Wanderschaft als Hauslehrer, später als Gelehrter

und Professor. Stationen u. a. Jena, Würzburg, Erlangen, München, Berlin.
Schellings Zeitalter war das der Romantik. Dies darf man zwar nicht als Klischee für sein Denken verstehen, aber die gegenseitigen Einflüsse aus dem Umgang mit damaligen Dichtern und Denkern prägen auch sein Werk. Der Dichter und Shakespeare-Übersetzer A. W. Schlegel wurde sein Freund-Feind. Dies ist verständlich, wenn man weiß, daß Schelling diesem seine Frau „ausspannte" und die fast zwölf Jahre ältere Caroline 1803 ein paar Tage nach ihrer Scheidung von Schlegel heiratete. Der Tod dieser bedeutenden Frau (1809) führte Schelling in eine tiefe Krise, die auch in seinem Werk sichtbar wird. Schelling neigte viele Jahre lang zu Mythologie, Theosophie und Mystik, ohne Rücksicht auf das, was er zuvor geschrieben hatte. Er hatte schon in seiner Jugend einmal geschrieben: „Eine allgemeingültige Philosophie ist ein ruhmloses Hirngespinst." Schelling konstruierte nicht, sondern er suchte die „Harmonie mit der göttlichen Notwendigkeit". Hierbei zeigte sich ihm immer wieder sein Urthema, die Identität zwischen Geistigem und Materiellem. „Für den, dessen Seele selbst vom Göttlichen ergriffen ist, ist Gott kein Außer-ihm, noch eine Aufgabe in unendlicher Ferne, Gott ist in ihm und er in Gott." Ein Mensch, dem diese Einsicht gelingt, ist wahrhaft frei. Eine solche Einsicht ist nicht empirisch möglich, wenn sie aber gelingt, „vernichtet sie alle Zeit und setzt mitten in der Zeit die absolute Ewigkeit: Frieden mit Gott, Verschwinden der Vergangenheit, Vergebung der Sünden."
Schelling, dessen Produktivität im Laufe der Jahre nachgelassen hatte, wurde im Alter nach Berlin berufen, wo es ihm nicht mehr gelang, den Ruhm, den er in seiner Jugend erworben hatte, aufrechtzuerhalten. Er starb 1854 (mit 79 Jahren) bei einem Kuraufenthalt in Ragaz in der Schweiz.

Frieder Lauxmann

VEREINIGUNG DER HÖHEREN BEAMTEN DER DBP
VERZEICHNIS DER MITGLIEDER DES BUNDESVORSTANDES UND DER VORSTÄNDE DER BEZIRKSVEREINE

Bundesvorstand

Bundesvorsitzender
VPräs Dipl.-Ing. Paul Burkhart
D OPD Stuttgart, AbtL 2, PF 10 60 01
7000 Stuttgart 10
F (07 11) 20 00–22 87, P (0 71 81) 60 63 45

Stellvertretende Bundesvorsitzende
APräs Franz-Josef Otte
D OPD Kiel, AbtL 3, PF 11 00
2300 Kiel 1
F (04 31) 591–43 00,
P (05 41) 35 08 50 (44 33 44 ab Sept.)
VPräs Johann Paffen
D OPD Dortmund, AbtL 3, PF 12 00
4600 Dortmund 1
F (02 31) 1 33–53 00, P (0 23 04) 4 52 52

Bundesgeschäftsführer
PR Dipl.-Ing. Wolfgang Schicker
D OPD Stuttgart, 25 P, PF 10 60 01
7000 Stuttgart 10
F (07 11) 20 00–35 09, P (07 11) 69 61 05

Bundesschatzmeister
APräs Dipl.-Ing. Gunther Altehage
D FTZ, AbtL F 4, PF 50 00
6100 Darmstadt
F (0 61 51) 83–21 03, P (0 61 51) 83–31 96
Konto: VHP-Bundesvorstand
6100 Darmstadt
PGiroKto Ffm 59 42–608

Beisitzer
PDir Dipl.-Ing. Jürgen Bell
D OPD München, PF 20 00 01
F (0 89) 55 88–51 10, P (0 89) 12 62–21 05
APräs Dr. Ulrich Bergemann
D OPD Nürnberg, PF 10 00 00
F (09 11) 10–41 00, P (09 11) 57 30 00
PDir Dipl.-Ing. Wolfgang Blankenstein
D OPD Dortmund, PF 12 00
F (02 31) 1 33–59 10, P (02 31) 41 46 46
LtdPDir Dipl.-Ing. Günter Bock
D FA Essen, PF 10 60 03
F (02 01) 8 17–51 00, P (02 01) 8 17–51 66
PDir Dipl.-Ing. Klaus Goldammer
D OPD Stuttgart, PF 10 60 01
F (07 11) 20 00–31 81, P (0 71 41) 60 36 36
APräs a. D. Dipl.-Ing. Guthknecht
P (0 70 71) 1 04 33
LtdPDir Dipl.-Ing. Henkel
D FA Eschborn, AV, PF 50 00
6236 Eschborn
F (0 61 96) 4 78–20 00, P (0 61 74) 2 03–3 33
PDir Dipl.-Ing. Manfred Jeromin
D BPM, PF 80 01
F (02 28) 14–22 40, P (02 28) 35 72 85
APräs Josef Nienhaus
D OPD Stuttgart, PF 10 60 01
F (07 11) 20 00–22 67, P (07 11) 69 26 66
POR Dipl.-Ing. Jörg Radtke
D OPD Dortmund, PF 12 00
F (02 31) 1 33–55 40, P (02 31) 75 10 21
APräs Dipl.-Ing. Herbert Schwarzkopf
D FTZ, PF 50 00
F (0 61 51) 83–36 00, P (0 61 52) 4 03 65

Beauftragte für AhD
OPDir Alfred Müller
Am Mühlenaecker 54
5024 Pulheim 2
F (02 21) 13 30 71, P (0 22 34) 8 39 40

FITCE
APräs Dipl.-Ing. Werner Hufnagel
D FTZ, PF 50 00
F (0 61 51) 83–55 99, P (0 61 51) 17–51 02

FEFAS
APräs Dr. Otfried Brauns-Packenius
D OPD Frankfurt a. M., PF 10 00 00
F (0 69) 74 40–24 00, P (0 61 72) 4 27 96

Redaktionsstab
OPD, Postfach 60 02 00, 2000 Hamburg 60
F Schark (0 40) 23 95– 6 50
Plath 63 88–46 10
Heise –22 20
Dittmer –32 60
Schmedes –31 60

Vorstände der Bezirksvereine

1000 Berlin 19 (0 30)
I POR Dipl.-Kfm. Dewitz
D PA (V) 20, AV, PF 20 00 01
F 33 90–5 00, P 6 64 16 16
II PORn Herbst
D LPD
F 3 28–53 20, P 3 04 33 03
III POR Dipl.-Kfm. Gohlke
D PA(V) 30
F 21 28–3 01, P 7 42 67 03
IV POR Dipl.-Ing. Lüdeling
D LPD
F 3 28–51 50, P 7 03 49 09

5300 Bonn 1 (02 28)
Bezirksverein BPM
I MinDir Dr. Zurhorst
D BPM, AbtL 4, PF 80 01
F 14–40 00, P 80–53 27
II MinR Dipl.-Ing. von Ehren
F 14–42 60, P (0 22 25) 41 44
III POR Dipl.-Ing. Schneider
F 14–22 28, P 46 57 05
IV PDir Dipl.-Volksw. Titius
F 14–60 28, P 64 54 64

2800 Bremen 1 (04 21)
I PDir Dipl.-Ing. Michael
D FA Oldenburg, AV, PF 21 80
F (04 41) 2 34–2 00, P (0 47 93) 14 05
II PDir Dipl.-Ing. Leberl
D FA 1
F 3 00–66 03, P (0 42 42) 7 07 16
III POR Dipl.-Ing. Abend
D OPD
F 2 48–22 00, P 46 19 19

IV POR Dipl.-Ing. Müller
D OPD
F 2 48–21 20, P 25 36 40

6100 Darmstadt 1 (0 61 51)
I APräs Dipl.-Ing. Weber
D FTZ, TKO, PF 50 00
F 83–66 80, P (0 61 36) 4 24 54
II PDir Nissen
D PTZ
F 17–41 40, P 31 73 74
III POR Dipl.-Ing. Peier
D FTZ
F 83–56 90, P 31 74 62
IV APräs Dipl.-Ing. Slabon
D FTZ
F 83–36 20, P (0 60 71) 4 14 80

4600 Dortmund (02 31)
I POR Dipl.-Ing. Radtke
D OPD, RefL 53 B, PF 12 00
F 1 33–55 40, P 75 10 21
II POR Holzberger
D OPD
F 1 33–53 40, P 71 49 81
III PORn Thomalla
D OPD
F 1 33–53 60, P 55 11 10
IV PR Dipl.-Ing. Thießen
D OPD
F 1 33–59 00, P (0 29 31) 1 68 81

4000 Düsseldorf 1 (02 11)
I. POR Dipl.-Ökonom Weyer
D OPD, RefL 92 A, PF 99 00
F 6 77–88 10, P (02 01) 25 38 53
II PDir Dipl.-Ing. Hoppe
D OPD
F 6 77–89 80, P (0 21 59) 84 74
III POR Nolte
D OPD
F 6 77–89 60, P 41 39 30
IV PR Gerloff
D OPD
F 6 77–83 10, P 62 49 53

6000 Frankfurt 97 (0 69)
I LtdPDir Dipl.-Ing. Henkel
D FA Eschborn, AV, PF 50 00
6236 Eschborn
F (0 61 96) 4 78–20 00,
P (0 61 74) 2 03–3 33
II PDirn Rüterjans
D PA(V) Hanau
F (0 61 81) 2 91–3 00, P (0 61 72) 4 77 68
III PR Dipl.-Ing. Schramm
D OPD
F 74 40-27 30, P (0 61 02) 1 71 11
IV PORn Weigel-Wegener
D OPD
F 74 40-22 80, P 74 86 96

7800 Freiburg 1 (07 61)
II POR Eberbach
D OPD
F 8 80–3 30, P (0 76 64) 84 28

III PORn Barleon
D OPD
F 8 80–3 60, P 2 11–72 27
IV POR Dipl.-Ing. Metzner
D OPD
F 8 80–2 50, P 44 27 37

2000 Hamburg 60 (0 40)
I LtdPDir Dipl.-Ing. von Wißell
D FA 1, AV, PF 13 21 86
2000 Hamburg 13
F 41 10–5 00, P 41 10–7 78
II PDir Dipl.-Ing. von dem Busche
D FA 2
F 22 88–2 70, P 6 02 69 60
III POR Dipl.-Volksw. Herzog
D OPD
F 63 88–44 20, P 5 24 63 39
IV OPDir Dipl.-Ing. Fischer
D OPD
F 63 88–48 10, P 5 51 57 56

3000 Hannover 1 (05 11)
/Braunschweig
I APräs Wöhlert
D OPD, AbtL 1, PF 90 00
F 1 27–41 00, P 52 20 10
II PDir Dipl.-Ing. Kuhn
D FZA Hannover
F 1 27–83 10, P 59 11 12
III PDir Kastner
D OPD
F 1 27–44 10, P 3 48 23 53
IV PDir Ziern
D OPD
F (05 31) 4 72–24 30, P (05 31) 61 00 75

7500 Karlsruhe 1 (07 21)
I POR Dipl.-Ing. Willborn
D OPD, RefL 52 A, PF 70 00
F 1 32–52 00, P 81 22 26
II PDir Hermann
D OPD
F 1 32–21 00, P 88 77
III POR Dipl.-Ing. Mohr
D OPD
F 1 32–26 00, P (0 72 43) 22 25
IV POR Dipl.-Kfm. Tahy
D PA(V) 1
F 1 31–82 00, P (0 63 21) 36 85

2300 Kiel 1 (04 31)
I APräs Otte
D OPD, AbtL 3, PF 11 00
F 5 91–43 00, P (05 41) 3 50–8 50
II POR Dipl.-Ing. D. Müller
D FA Flensburg
F (04 61) 88 40 00, P (04 61) 3 38 44
III POR Dipl.-Ing. Mader
D OPD
F 5 91–42 30, P (0 43 07) 72 73
IV POR Grünke
D OPD
F (04 31) 5 91–45 00, P 33 62 83

5400 Koblenz (02 61)
I PDir Adrian
D OPD, RefL 31, PF 30 00
F 1 28–23 10, P 5 18 34
II PDir Dipl.-Ing. Freis
D PA(V) Koblenz
F 1 28–31 00, P (0 26 31) 2 08 09
III POR Dipl.-Ing. Geilen
D FA 2 Koblenz
F 1 28–56 00, P (0 26 26) 2 03
IV PDir. Dipl.-Ing. Weippert
D OPD
F 1 28–22 60, P 6 65 78

5000 Köln 1 (02 21)
I POR Krupke
D PA(V) Siegburg, AV, PF 90 01
F (0 22 41) 1 06–2 00, P (02 28) 36 26 56
II POR Auge
D OPD
F 4 99–33 50, P 77 33–8 62
III POR Becker
D OPD
F 4 99–21 10, P (0 21 81) 99 26
IV PR Böttner
D OPD
F 4 99–21 30, P (0 22 41) 6 76 17

8000 München 2 (0 89)
I POR Dipl.-Kfm. Süß
D OPD, RefL 13, PF 20 00 01
F 55 88–13 10, P 67 67 63
II POR Dipl.-Ing. Kraus
D OPD
F 55 88–22 20, P 12 62 21 33
III PR Dipl.-Ing. Appel
D OPD
F 55 88–53 30, P 16 36 27
IV OPDir Dipl.-Ing. Pauli
D FZA
F 87 17–2 00, P 12 62–6 16

4400 Münster 1 (02 51)
I OPDir Heyd
D PA(V) Bielefeld, AV, PF 3 00
4800 Bielefeld 1
F (05 21) 56–50 00, P (05 21) 45 11 00
II OPDir Dipl.-Ing. Neuer
D OPD
F 3 90–52 20, P 3 21 16
III PDir Leggewie
D OPD
F 3 90–54 40, P 31 18 00
IV PR Dipl.-Volksw. Menning
D OPD
F 3 90–53 30, P 32 99 97

8500 Nürnberg 1 (09 11)
I APräs Dr. Bergemann
D OPD, AbtL 4, PF 10 00 00
F 10–41 00, P 57 30 00
II PDir Unglaub
D FA 3
F 4 70–5 01, P 43 25 85

III PR Meyer-Heinl
D OPD
F 10–32 10, P 59 21 55
IV POR Willinger
D OPD
F 10–42 10, P (0 91 22) 7 26 58

8400 Regensburg 1 (09 41)
I POR Schöberl
D PA(V), AbtL I, PF 2 30
F 5 05–41 01, P 5 05–41 19
II POR Dipl.-Ing. Haarer
D OPD
F 5 05–25 30, P 3 10 73
III POR Meimer
D OPD
F 5 05–21 70, P (0 94 05) 41 80
IV POR Dipl.-Ing. Friedrich
D OPD
F 5 05–22 60, P 7 07–58 83

6600 Saarbrücken 1 (06 81)
I PDirn Dipl.-Ing. Tobien-Wolf
D OPD, RefLn 15/16, PF 30 10
F 4 01–51 50, P (0 68 93) 34 34
II POR Dr.-Ing. Pohl
D ZZF
F 58 61–2 10, P (0 68 31) 7 41 91
III POR Dipl.-Ing. Friedrich
D ZZF
F 58 61–1 40, P (0 68 06) 49 06 01
IV POR Dr. Müller
D OPD
F 4 01–53 40, P (0 68 31) 7 85 68

7000 Stuttgart 10 (07 11)
I APräs Nienhaus
D OPD, AbtL 1, PF 10 60 01
F 20 00–22 67, P 69 26 66
II PDir Dipl.-Ing. Seufert
D PA 1
F 20 67-2 01, P (0 71 46) 9 06 13
III POR Dipl.-Ing. Stuchlich
D OPD
F 20 00–33 68, P (0 71 41) 5 45 50
IV PDir Dipl.-Ing. Kämper
D OPD
F 20 00–28 49, P (0 73 05) 76 70

Erläuterung:

Postleitzahl OPD		ON-Kennzahl	
I	1. Vorsitzender	D	Dienstort
II	2. Vorsitzender	PF	Postfach
III	Schriftführer	F	Dienstanschluß
IV	Kassenwart	P	Privatanschluß

Stand: 14. 09. 1988

Änderungen bitte an die Redaktion,
abschriftl. Bundesgeschäftsführer

REISESKIZZE . . .

. . . aus dem idyllischen Rotenburg an der Fulda, wo zwei Wochen lang ein Verwaltungslehrgang für alle Referendare des Landes Hessen stattgefunden hat.

Peter Steinert